



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 523

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. Juni 2024, 18.30 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	34/36/37 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Billie Grether, Dominique Häring, Gerold Stadler Andres Moldovanyi bis 18:45 Uhr Andrea Nägelin bis 20:15 Uhr	
	Gemeinderat: -	
Vorsitz	Urs Schneider	
Protokoll	Evelyne Hefti	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023	3428
	• Bericht des Wirtschaftsprüfers (Revisionsstelle)	
	• Bericht der Rechnungsprüfungskommission	
	• Bericht der Geschäftsprüfungskommission	
2.	EK-Überprüfung Legislaturziele 2021-2024	3440
	• Bericht der Entwicklungskommission	
	• Bericht des Gemeinderates	
3.	Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Amtsjahr 2023-2024	3442
4.	Totalrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, 2. Lesung	3305
5.	Quartierplanung Bredella-Areal West / Bericht BPK, 2. Lesung	3397
6.	Gründung Zivilschutzorganisation RHEIN, 2. Beratung, Fragen zur Beantwortung	3430

7.	Sondervorlage Kredit von CHF 600'000 für die Ersatzbeschaffung Hilfeleistungslöschfahrzeug	3429
8.	Gestaltungsbaulinie Gemeindebibliothek <ul style="list-style-type: none">• Bau- und Planungslinienplan• Planungsbericht BSP Parz. 273	3437
9.	Sondervorlage CHF 2'000'000 für den Neubau Multifunktionshalle / Schwingzentrum Sandgruben	3435
10.	Fragestunde	523
11.	Nachtragskredit von CHF 598'480 Sanierung Haustechnik KUSPO	3436
12.	Räumliches Entwicklungskonzept REK, Pratteln, Bericht BPK	3415
13.	Motion FDP-Die Mitte, Silvio Fareri, Finanzhaushalt: Einführung einer Schuldenbremse	3431
14.	Beantwortung Interpellation, parteilos, Paul Dalcher, Begriffe und Word-ing im Räumlichen Entwicklungskonzept (REK), im laufenden Mitwirkungsverfahren (Gleis Süd) und in der Publikation (Heft Hochparterre, November 2023)	3432
15.	Beantwortung Postulat, U/P, Petra Ramseier, Tempo 30 auf dem Gallenweg	3368
16.	Beantwortung Postulat, U/P, Delia Moldovanyi, Unversiegelte Parkflächen	3437
17.	Beantwortung Postulat, SP, Rebecca Moldovanyi, Entsiegelung von versiegelten Flächen	3406
18.	Beantwortung Postulat, parteilos, Paul Dalcher, Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung Arco Verde	3151
19.	Beantwortung Postulat, U/P, Petra Ramseier, Christoph Zwahlen, Hitz-einseln in Pratteln – Klimaschutz im Wohngebiet	3240
20.	Beantwortung Postulat Verkehrsübersichtlichkeit Einmündung Blözenweg - Erliweg	3310
21.	Postulat, U/G, Bernhard Zwahlen, Verkehrs-Brennpunkt Bahnhofplatz	3439
22.	Motion, SP, Rahel Graf Bianchi, „Erreichbarkeit Friedhof Blözen für mo-bilitätseingeschränkte Menschen“	3438

Begrüssung

Urs Schneider: Ich begrüsse Sie alle recht herzlich zur 523. Einwohnerratssitzung, die zugleich auch die letzte ist in der laufenden Legislatur. Speziell begrüssen möchte ich Olivier Bally. Er ist für Urs Baumann in den Einwohnerrat nachgerückt. Ich wünsche ihm viel Vergnügen im neuen Amt. Weiter möchte ich Nurhan Kizilyatak begrüssen. Sie ist die Nachfolgerin von Ulrike Schmid und wird jetzt eingearbeitet. Später wird sie dem nächsten Einwohnerratspräsidenten tatkräftig zur Seite stehen.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 23 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Schneider: Während der ersten Stunde der Einwohnerratssitzung ist die Firma Eotec anwesend. Sie ist dafür zuständig, dass unser Abstimmungstool funktioniert. Die Gründe, weshalb es letztes Mal nicht so recht funktioniert hat, könnten damit zusammenhängen, dass sich diverse Leute hier drin über Hotspot einloggen. Das kann Störungen verursachen bei den Geräten und dann funktioniert das Abstimmungstool nicht richtig. Ich bitte Sie, sich über das WLAN der Gemeinde einzuloggen, damit wir die Geräte, die wir haben, auch nutzen können.

Ich möchte Sie nochmals darauf aufmerksam machen, dass am Mittwoch ab 18 Uhr der Fototermin stattfindet, ebenfalls hier drin.

Dann bittet das Büro, dass Sie die Anträge jeweils schriftlich vorbereiten, weil es einfacher ist, diese dann beiseite zu legen: Name, Fraktion, Geschäftsnummer, Titel des Geschäfts, der Antrag, das Begehren und den Hinweis zum Paragraphen oder zum Absatz.

Es ist nicht nur die letzte Sitzung der laufenden Legislatur, es ist auch meine letzte Sitzung als Einwohnerratspräsident und zugleich auch die letzte Sitzung einer Menge Mitglieder des Einwohner- und Gemeinderats. Am Schluss wird es noch einen kurzen Apéro geben zum Abschied von dieser laufenden Legislatur.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen

Neue parlamentarische Vorstösse

-

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Patrick Weisskopf: Ich möchte, dass wir die Traktanden 8 und 9, die Überprüfung der Legislaturziele und den Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission, direkt nach dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung behandeln. Damit ist das, was zusammengehört, auch logisch hintereinander. Mir ist es auch deshalb wichtig, weil nämlich bei der Überprüfung der Legislaturziele einiges drinsteht, was möglicherweise eine Auswirkung auf die Totalrevision des Geschäftsreglements hat.

Abstimmung

- Die Traktanden 8 (EK Überprüfung Legislaturziele 2021-2024) und 9 (Tätigkeitsbericht der GPK) werden an zweiter resp. dritter Stelle behandelt.

- Ergänzung zum Traktandum 2: Es gibt einen Bericht der EK-Kommission «Legislaturziele 2021-2024» und einen Bericht des Gemeinderats «Legislaturziele und Massnahmen 2021-2024»

://: Das bereinigte Geschäftsverzeichnis wird mit grossem Mehr genehmigt.

Es sind zurzeit 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

Beschlüsse

1. Nr. 3428

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023

Patrick Eichenberger: Im Namen der Rechnungsprüfungskommission (RPK) möchte ich mich ein letztes Mal bei Gemeinderätin Christine Gogel bedanken für ihren unermüdlichen Einsatz für unsere Gemeindefinanzen. Auch das Jahr 2023 hat sie eher konservativ budgetiert, was zu einer Rechnung geführt hat, die positiv überrascht. Allerdings bleibt ein Defizit. Dazu möchte ich später etwas sagen. Wir danken auch der ganzen Verwaltung und vor allem Philippe Doppler für die fruchtbare Zusammenarbeit, die es uns erleichtert hat, den vorliegenden Bericht zu erstellen.

Die RPK hat sich in vielen Stunden Selbststudium und drei Sitzungen Klarheit über die Jahresrechnung 2023 verschafft und hat auf diverse Fragen zu den einzelnen Aufgabenfeldern jederzeit kompetent Auskunft bekommen. Ich möchte inhaltlich auf wenige einzelne Punkte eingehen. Erfreulich ist zunächst einmal, dass die Rechnung ein Defizit offenbart, welches CHF 1,86 Millionen unter dem veranschlagten Defizit liegt. Das ist in erster Linie verbesserten Fiskalerträgen zu verdanken. Leider hat es aber auch Mehrkosten gegeben, deren Ursachen wir nicht beeinflussen können, z. B. den Asylbereich, die Alterspflege oder die Inflation. Ihr seht bei den Stromkosten eine halbe Million mehr als veranschlagt. Das ist doch ein hoher Betrag. Was wir ebenfalls kritisch sehen, ist die zunehmende Fremdverschuldung, die durch Investitionen zustande kommt. Wir können uns weniger und weniger mit Eigenkapital finanzieren. Ihr seht den Zusammenhang auf Seite vier unseres Berichts. Das führt dazu, dass wir in diesem Jahr CHF 200'000 mehr ausgeben müssen für die Ablösung von Krediten. Man kann jetzt argumentieren, dass wir auch in vergangenen Jahren, z. B. 2020, 2021 die Verschuldung wieder haben zurückführen können. Angesichts der hohen Investitionen, die aber anstehen, ist das mittelfristig nicht mehr absehbar, was dazu führt, dass wir mehr und mehr vom Budget opfern müssen für den Schuldendienst. Die ausführlichsten Diskussionen in der RPK haben wir gehabt zur Frage, wie wir das Defizit verbuchen sollen. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass ein Teil davon, nämlich CHF 1,5 Millionen, der finanzpolitischen Reserve entnommen werden soll und der Rest dem freien Eigenkapital.

Wie man auf Seite drei sieht, werden sowohl der grüne als auch der orange Teil der Säule mit dem Kompromiss kleiner. Die Mehrheit der RPK ist allerdings der Ansicht, dass das gesamte Defizit dem freien Eigenkapital entnommen werden und die finanzpolitische Reserve nicht angetastet werden soll. Man muss kein Mathematiker sein um zu begreifen, dass das keinen Unterschied macht für das gesamte Eigenkapital. Die Säule bleibt gleich hoch. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Entnahme von der finanzpolitischen Reserve erfolgswirksam ist und damit die Aufwandüberschüsse in der Erfolgsrechnung geglättet werden. In meiner Funktion als Vizepräsident bitte ich euch darum, dem Antrag der RPK zu folgen und gebe das Wort gerne weiter.

Urs Schneider: Da wir ja über den Geschäftsbericht und über die Jahresrechnung zwei Berichte vorliegen haben, wollen wir, bevor wir eintreten und Direktberatung machen, auch noch den Bericht der Geschäftsprüfungskommission anhören. Das Wort hat der Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission, Dieter Stohler.

Dieter Stohler: Sie haben den Bericht vor sich. Es ist ein kurzer Bericht und ich bin nicht einer, der einen Bericht schreibt oder mitverfasst und ihn hier nochmals breitrtritt. Sie können das selber lesen und haben es studiert. Ich möchte das Wichtigste hier noch einmal wiederholen. Ich danke für die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und mit der Verwaltung. Zur Behandlung des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung 2023 – bei uns ist es natürlich mehr der Geschäftsberichtteil – haben wir eine separate Sitzung gehabt mit dem Gemeinderat. Der Gemeinderat war praktisch vollzählig anwesend und hat uns Rede und Antwort gestanden. Wir schätzen die Offenheit und diesen Dialog sehr und wir stehen für Fragen zur Verfügung.

Direktberatung

Olivier Bally: Wir von der FDP-Die Mitte verdanken diesen Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2023 sowie die Berichte von RPK und GPK. Auch im 2023 haben sich die Gemeindefinanzen aus unserer Sicht ein wenig wie eine Wundertüte gezeigt. Auf der einen Seite haben wir

gewaltige Mehreinnahmen bei den Steuern, auf der anderen erhebliche Mehrausgaben. Per Saldo liegt ein besseres Ergebnis vor als budgetiert, das haben wir gesehen. Trotzdem haben wir ein grosses Defizit.

Wie bereits gesagt wurde, verschärft sich somit Prattelns Finanzlage. Pratteln lebt über seine Verhältnisse. Investitionen müssen praktisch zu 100% fremdfinanziert werden. Also haben wir keinen Selbstfinanzierungsgrad. Das müsste eigentlich allen zu denken geben. Wiederum bemängeln wir, dass die gängigen Finanzkennzahlen im Bericht fehlen. Für uns höchst erstaunlich ist, dass es im Jahr 2023 immer noch Einzelunterschriften gibt und diese sogar bis zu einer Pensionierung weiterbestehen bleiben. Damit werden elementare Standards verletzt. Die Rechtfertigung, dass das Risiko gering sei, trifft wohl im konkreten Fall hier zu, aber es löst ganz grundsätzlich ein bisschen Kopfschütteln aus bei unserer Fraktion. Man muss die Grundsätze im Bereich der finanziellen Führung einhalten, egal ob das Risiko im Einzelfall gering ist oder nicht. Zur Empfehlung der PWC, Leitlinien zu erstellen für die Vergabe von Baurechten, beziehungsweise zum Festlegen von Baurechtszinsen frage ich den Gemeinderat an, ob er bereit ist, diese Empfehlung umzusetzen. Ich danke im Voraus für die Antwort.

Die Fraktion FDP-Die Mitte stimmt den Anträgen zu und nimmt die Rechnung ab, wobei wir uns dem RPK-Antrag anschliessen und auf eine Schönung, also eine Glättung der Jahresergebnisse durch Reduktion von finanzpolitisch Reserven verzichten.

Rebecca Moldovanyi: Im Namen der Fraktion der SP möchte ich mich zuerst einmal beim Gemeinderat bedanken für die geleistete Arbeit, insbesondere bei unserer Finanzchefin Christine Gogel und natürlich auch bei den beiden Kommissionen, die sicher viel Zeit investiert haben. Dennoch möchte ich auch vorwegnehmen, dass wir einen eigenen Antrag stellen werden. Wir sind sehr irritiert über den Antrag der RPK, gar keinen Ausgleich zu machen. Es ist buchhalterisch total normal, dass, wenn man einen Verlust hat, dieser mit den Reserven geglättet wird und nicht vom Eigenkapital. Vor einigen Jahren hat die bürgerliche Mehrheit sehr stark dafür gekämpft, dass wir diese Reserven haben, als wir die Rückzahlung bekommen haben. Wir haben jetzt die Reserven genau mit dem Argument, dass wir Verluste damit ausgleichen. Ansonsten macht das Gefäss einfach keinen Sinn. Es wird gern gesagt, eine Null ist schöner, aber darum geht es nicht. Es geht nicht um Kaschieren, es geht um Glätten, genau so wie man dort auch geglättet hat, dass sehr viel Geld reingekommen ist. Sonst könnte man auch sagen, man hat den Gewinn damals kaschieren wollen und dem Volk nicht offensichtlich machen. Was da abgestimmt oder geredet wird, geht für mich jetzt weniger um den finanzpolitischen Entscheid – ein finanzpolitischer Entscheid wäre, die Reserve zu nehmen – sondern es ist ein parteipolitischer.

Es ist bereits ein Kompromiss, nur einen Teil davon aus der Reserve zu nehmen, um deutlich machen zu können, doch, der Verlust war da, obwohl dieser Verlust sehr viel geringer ist als eigentlich budgetiert. Wir denken, es geht darum, hier im letzten Jahr von Christine Gogel einfach nicht die Reserven nehmen zu wollen, damit man sie später für andere Zeiten hat, wenn wahrscheinlich jemand von der bürgerlichen Seite die Finanzen macht. Es ist kein normales Vorgehen. Wie wir vorher ein paarmal gehört haben, wird viel fremdfinanziert, wir müssen Fremdkapital aufnehmen, und trotzdem wollen wir das Eigenkapital weiterhin angreifen, anstatt die Reserve abzubauen, die dafür vorgesehen ist. Wir haben gut gewirtschaftet, darum ist der Verlust sehr viel geringer als budgetiert, und wir stehen solid da. Wir sollten jetzt auch den Schritt machen und tatsächlich, wenn wir einmal einen Verlust machen, diesen auch aus der Reserve nehmen. Der Antrag wäre natürlich, alles von den Reserven zu nehmen.

Delia Moldovanyi: Wie die Vorredner verdanken auch wir den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung dem Gemeinderat und im Besonderen auch der Verwaltung und den jeweiligen Kommissionen, welche viel Zeit investiert haben.

Ich komme direkt zu diesem Antrag, beziehungsweise Gegenantrag der RPK. Ich kann mich teilweise den Worten der Vorrednerin anschliessen. Wir sehen das auch so, dass die Diskussion, die jetzt geführt wird, zum grössten Teil, mehrheitlich um politische Signal-Wirkungen, beziehungsweise auch parteipolitische Interessen geht. Wir haben uns in der Fraktion gefragt, wie man die Frage lösen kann, beziehungsweise welchem Antrag wir folgen sollen, um das möglichst losgelöst von jeglichen politischen, vor allem parteipolitischen Interessen, beziehungsweise Strategie-Überlegungen zu beantworten. Der gemeinsame Nenner, den wir in der Fraktion gefunden haben, ist, dass wir auf jeden Fall eine konstante Gleichbehandlung über Jahre im Umgang mit roten Zahlen in der Gemeinde fordern wollen, unabhängig davon, wer den Finanzen vorsteht. Wir

sind aber nicht alle derselben Meinung darüber, ob wir jetzt diesem Antrag folgen wollen oder nicht. Das heisst, wir haben da unterschiedliche Meinungen. Für uns ist aber klar, dass das, was wir heute Abend hier drinnen entscheiden werden, auch der Massstab ist für künftige Entscheidungen. Wie die Rechnung nächstes Jahr aussieht oder in späterer Zukunft, das wissen wir jetzt nicht. Aber wenn wir heute Abend zum Antrag des Gemeinderats nein sagen und die Rechnung und sonstige Faktoren nächstes Jahr oder in zukünftigen Jahren gleich aussieht, muss man dann konsequenterweise auch wieder nein sagen. Das gleiche gilt aber auch, wenn wir heute Abend ja sagen. Dann können wir die Reserven auch in künftigen Jahren in gleichen Situationen anzapfen.

Silvio Fareri: Ich möchte ebenfalls der Gemeinde wie auch der Gemeinderätin Christine Gogel danke sagen für die gute Zusammenarbeit, die wir in den vergangenen Monaten und Jahren gehabt haben. Ich möchte beliebt machen, dem Antrag der RPK zu folgen. Es geht darum, dass auch die finanzpolitische Reserve nur eine Entnahme vom Eigenkapital ist. Also das heisst, es ist «Hans wie Heiri», ob wir jetzt da die finanzpolitische Reserve entnehmen, rein vom buchhalterischen Ablauf her. Warum unterstützen wir jetzt den Antrag der RPK? Es geht darum, dass die Rechnung bereits besser abgeschlossen hat als budgetiert.

Das ist grundsätzlich schon einmal sehr erfreulich, da sind wir wahrscheinlich unisono einer Meinung hier drinnen. Aber will man jetzt der Bevölkerung noch eine geschönte Rechnung verkaufen, ja oder nein? Also die Richtung stimmt schon einmal. Wir haben eine bessere Rechnung, aber wir müssen das jetzt grundsätzlich nicht beschönigen. Uns geht es finanziell schlecht und wenn wir jetzt da die finanzpolitischen Reserven anzapfen, dann verkauft man der Bevölkerung einfach noch einmal ein anderes Bild, als wie es effektiv aussieht. Ich bin der Auffassung, dass wir dann die finanzpolitischen Reserven angreifen sollten, wenn die Rechnung noch schlechter abgeschnitten hätte. Dass wir in diesem Fall darauf zugegriffen hätten, aber sicher nicht, wenn die Rechnung schon besser aussieht als budgetiert.

Christian Schäublin: Auch die SVP-Fraktion hat die Rechnung studiert und dankt allen, die daran beteiligt gewesen sind: Christine Gogel, auch der Abteilung Finanzen unter Philippe Doppler und allen sonst von der Gemeinde, die an dieser Rechnung mitgearbeitet haben. Das Thema ist die finanzpolitische Reserve. Wir sehen das ziemlich gleich, wie das jetzt gerade Silvio Fareri gesagt hat. Das ist eine Reserve, die dazu da ist, wenn man wirklich deutlich schlechter unter Budget abschliesst, was jetzt nicht der Fall ist; wir haben deutlich besser abgeschlossen. Entsprechend ist es nicht opportun, jetzt die finanzpolitischen Reserven anzuzapfen. Ich glaube, es ist ganz klar, dass das nur noch ein Frisieren wäre, deswegen wird nichts besser. Man kann die finanzpolitischen Reserve zum Eigenkapital zählen, das ist ein bisschen gehüpft wie gesprungen, wie das schon gesagt wurde. Aus diesem Grund ist es für uns ganz klar, dass wir dem Antrag der RPK folgen werden.

2. Lesung

- 01 Politische Behörden**
- 02 Allgemeine Verwaltung**
- 03 Polizei**
- 04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz**
- 05 Schulen**
- 06 Familienergänzende Angebote**
- 07 Kultur, Sport, Freizeit**
- 08 Multimedienetz MMN**
- 09 Gesundheit und Alter**
- 10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration**
- 11 Soziale Unterstützung**
- 12 Asylwesen**
- 13 Kindes- und Erwachsenenschutz**
- 14 Verkehr und öffentliche Anlagen**
- 15 Wasserversorgung**
- 16 Abwasserbeseitigung**

17 Abfallbewirtschaftung

18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie

19 Raumentwicklung und Baugesuche *Keine Wortmeldungen*

20 Wirtschaft

Rebecca Moldovanyi: Unser Ziel war es, im kantonalen Schnitt der Steuern zu liegen. Wir haben dieses Ziel erreicht, sogar mehr als erreicht, wir sind unter dem Durchschnitt. Deshalb möchte ich einfach darauf hinweisen: Falls wir Geld brauchen, sind wir in der Lage, auch wieder ein bisschen zu erhöhen.

Paul Dalcher: Steuern, das ist mein Lieblingsthema. Nicht, dass ich besonders gerne Steuern zahle, aber es interessiert mich halt. Ich möchte dem Gemeinderat und der ganzen Verwaltung herzlich danken für den tollen Bericht, für die Informationen, die drin sind, für die Kennzahlen, die geliefert werden und die man als Entscheidungsgrundlagen brauchen kann. Man kann auch Sachen daraus herauslesen, die vielleicht nicht gerade augenfällig sind, aber es macht doch Sinn, ihn ein bisschen genauer anzuschauen. Im Kapitel 21 Steuern sieht man beispielsweise die Mittelherkunft der Steuereinnahmen: Von juristischen Personen, von natürlichen Personen und von der Quellensteuer. In der Gegenüberstellung kann man nach funktionaler Gliederung die Mittelverwendung anschauen. Hier sieht man, dass je etwa CHF 50 Millionen aus den Steuern reinkommen und CHF 50 Millionen rausgehen für die Aufgaben, welche die Gemeinde erledigen muss. Schaut man es aber ein bisschen genauer an, sieht man gerade beim Aufwand, dass man hier eigentlich trennen muss. Trennen, um zu sehen, dass der Aufwand für die Bevölkerung, die Einwohner wesentlich höher ist als für die Arbeitsplätze, die Firmen etc., nach dem Verursacherprinzip. Ich habe den Aufwand pro Einwohner ausgerechnet. Das sind vom Baby bis zum Greis je CHF 2'867. Stellen Sie sich vor, jeder Einwohner kostet so viel, kann und muss Leistungen in Anspruch nehmen für diesen Betrag.

Bei den Arbeitsplätzen sieht das anders aus. Diese verursachen viel weniger Kosten. Arbeitsplätze müssen nicht zur Schule, nicht zum Gesundheitswesen, haben keinen Kultur- und Sportbedarf etc., das muss man ausblenden. Rein der Aufwand, der Anteil, den die juristischen Personen verursachen, ist CHF 3,3 Millionen. Das bedeutet, jeder Arbeitsplatz in Pratteln kostet CHF 219. Hier hat man zwei Kennzahlen. Was macht man mit diesen Kennzahlen? Man stellt sie dem Ertrag gegenüber. Der Steuerertrag pro natürliche Person – nicht nur von den Steuerpflichtigen, sondern von den natürlichen Personen, vom Baby bis zum Greis – ist CHF 1'923. In Muttenz beträgt diese Zahl CHF 2'800, nur nebenbei gesagt. Wir haben also CHF 2'800 Aufwand und CHF 1'900 Steuerertrag pro Kopf. Das ergibt kalkulatorisch einen Verlust pro Einwohner von CHF 944. Also jeder Einwohner in Pratteln kostet noch CHF 944. Bei den juristischen Personen, bei den Arbeitsplätzen sieht die Gegenüberstellung so aus: Aufwand CHF 219, Steuerertrag CHF 1'174. Das ist ein Gewinn pro Arbeitsplatz von CHF 955. Jetzt fasse ich zusammen: Juristische Personen, Firmen, alle, die wir in Pratteln haben, verursachen Kosten von 7% am Gesamtaufwand, die Wohnbevölkerung den Rest von 93%. Also der Zuwachs an Einwohnern kostet, der Zuwachs an Arbeitsplätzen bringt etwas in die Kasse.

In wenigen Minuten werden Sie ein Traktandum behandeln. Bredella: Würde man dort eine Wohnüberbauung machen von 800 Einheiten für 800 Personen, ergäbe das einen Aufwand von CHF 755'000 jedes Jahr. Die Leute dort unten verursachen Kosten von CHF 755'000. Würde man ein Gewerbehäuser machen, in irgendwelcher Form, mit – ich sage jetzt mal kalkulatorisch – 800 Arbeitsplätzen, würde uns das CHF 764'000 bringen. Sie können also entscheiden: Wollen Sie jährlich CHF 755'000 ausgegeben, oder würden Sie lieber jährlich CHF 764'000 einnehmen? Das ist es, was Sie nachher entscheiden müssen. CHF 750 nicht haben, nicht ausgeben oder CHF 764 einnehmen macht zusammen anderthalb Millionen.

Sebastian Enders: Das ist schön, dass wir im kantonalen Vergleich besser dastehen mit den Steuern. Man darf auch mal etwas besser machen als die anderen umliegenden Gemeinden. Darum muss das auch so bleiben und darf auf keinen Fall erhöht werden, das ist für uns keine Option.

Fortsetzung der Lesung

22 Finanz- und Lastenausgleich Keine Wortmeldungen

23 Vermögens- und Schuldenverwaltung

GR Christine Gogel: Ich möchte nur schnell Olivier Bally eine Antwort geben, denn er hat ja eine Frage gestellt zum Aufgabenfeld 23, wo er die Finanzkennzahlen vermisst. Ich würde unten links schauen, dort sind die Finanzkennzahlen abgebildet. Ich weiss nicht, welche dir noch fehlt. Vielleicht ein bisschen mehr? Die könnte man allerdings auch online abrufen. Die RPK bekommt übrigens eine ausführliche Liste. Dann könntest du auch dort nachfragen, wenn du mehr Zahlen möchtest. Ja, der Selbstfinanzierungsgrad ist schlecht. Wir haben aber eine andere Kennzahl, z. B. der Nettoverschuldungsquotient, der sehr gut ist. Dieser zeigt, welcher Anteil an Fiskalerträgen erforderlich wäre, um die Netto-Schulden abzutragen. Hier haben wir einen sehr guten Wert, welcher sogar negativ ist, also besser als gut. Sonst hättest du keine detaillierten Fragen mehr. Wegen der Wundertüte wollte ich noch sagen, es befremdet ein wenig oder tut uns halt fast ein bisschen weh, wenn wir den Geschäftsbericht abgeben mit sehr vielen Informationen drin, mit vorne über fünf Seiten Inhalte um nachzulesen, wie alles zu Stande gekommen ist, was wir machen, was wir erlebt haben finanziell im Laufe des Jahres, und dann wird es als Wundertüte abgetan. Ich finde das eigentlich ein bisschen frustrierend. Ich bin auch froh, hat es jetzt doch noch ein aktives Votum zum Aufgabenfeld 21 gegeben. So haben wir immerhin noch ein bisschen über den Geschäftsbericht reden können, denn wenn einfach alle Aufgabenfelder so durchgewinkt werden, werde ich schon ein bisschen stutzig und denke, wenn nichts Anlass gibt zu Fragen, heisst das im Umkehrschluss, wir haben es sehr gut gemacht.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen

Urs Schneider: Wir kommen zu den Anträgen: Lärmsanierung Muttenzer Strasse Los 6, Kreditüberschreitung von CHF 9'867,15. Die Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Dieter Stohler: Punkt eins, über eine Kenntnisnahme kann man nicht abstimmen. Punkt zwei, das haben wir einmal geklärt in einem Vorjahr mit dem Gemeindeverwalter. Die Kreditüberschreitungen, die im Globalbudget drin waren, müssen wir nicht genehmigen. Die nehmen wir eben wirklich zur Kenntnis, und das haben wir hiermit bereits. Deshalb meine ich, kann man sich die drei Abstimmungen ersparen.

Urs Schneider: Dann kommen wir zum Antrag der Entnahme aus den politischen Reserven. Da haben wir einen Antrag der SP und einen Antrag der Rechnungsprüfungskommission. Die RPK will CHF 0 aus der finanzpolitischen Reserve nehmen und die SP will den kompletten Betrag herausnehmen, um die Rechnung auf null zu setzen. Das Wort hat Gemeinderätin Christine Gogel.

GR Christine Gogel: Ich äussere mich jetzt noch einmal zum Antrag des Gemeinderats und hole ein bisschen aus, auch weil wir heute Abend so zahlreiche Gäste haben, die nicht so bewandert sind. Finanzpolitische Reserven – das ist wahrscheinlich das Wort des Abends gemeinhin, das Sie am häufigsten hören werden. Die finanzpolitische Reserve hat einfach den Charakter einer Reserve. Sie wurde 2018 im Kanton eingeführt. Vorher hat es nur Vorfinanzierungen gegeben, und die müssen über 30 Jahre abgeschrieben werden. Das heisst, das Kapital ist dann über diese lange Zeit gebunden. Das Instrument der finanzpolitischen Reserve gibt die nötige Flexibilität. Rechnungsüberschüsse können ungebunden als Reserve verbucht werden. Umgekehrt kann dann ein Aufwandüberschuss mit der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve auch wieder gedeckt werden. Das Zweite ist der Fall, den wir heute Abend haben und wo sich nicht alle ganz einig darüber sind, wie wir das jetzt verbuchen wollen. Mit der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve schonen wir das Eigenkapital, den Bilanzüberschuss. Der Bilanzüberschuss kann damit auf bestehender Höhe gehalten werden und muss erst abgebaut werden, wenn keine finanzpolitischen Reserven mehr vorhanden sind. Wir hatten die gleiche Debatte hier drin schon im Jahr 2019. Damals ging es um die Äufnung der finanzpolitischen Reserve. Ich habe es im Protokoll

nachgelesen; sieben A4-Seiten, 17 Voten zu diesem Thema. Ihr könnt euch also auf eine lange Sitzung einstellen. Auch damals hat der Gemeinderat einen Kompromissvorschlag gemacht, wie man den satten Gewinn von siebeneinhalb Millionen verbuchen soll. Paradoxerweise zu heute gab es damals einen Antrag der RPK, den Gewinn zu 100% in die finanzpolitische Reserve einzulegen. Meine werten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, heute Abend machen wir einfach das Gegenteil. Damals stellte dann sogar die SVP den Antrag, CHF 3,5 Millionen als Einlage in die finanzpolitische Reserve zu legen und eine Einlage in die Vorfinanzierung von CHF 4 Millionen. Ich sehe das Problem hier nicht ganz, warum man sich jetzt so ziert, knorzt oder andersherum will, als was im Gemeinderat schon ausgiebig diskutiert und mit dem Kompromissvorschlag hier vorgeschlagen wird. Man hätte auch ganz einfach alles aus der Reserve nehmen können. Dafür ist sie nämlich gemacht.

Abstimmung über die Anträge der SP, RPK und GR

Gegenüberstellung der Anträge SP und RPK:

Antrag der SP-Fraktion	Antrag der RPK
://: Der Verlust wird ausgeglichen und das Ergebnis auf null gesetzt.	://: Entnahme aus finanzpolitischer Reserve CHF 0.00
13 Ja	21 Ja

Gegenüberstellung der Anträge RPK und GR:

Antrag der RPK	Antrag des Gemeinderats
://: Entnahme aus finanzpolitischer Reserve CHF 0.00	://: Entnahme aus finanzpolitischer Reserve zur Verlustverrechnung CHF 1'500'000
20 Ja	16 Ja

://: Der Aufwandüberschuss beträgt CHF 2'974'738.03.

Schlussabstimmung

Nachtragskredite

1.1 Lärmsanierung Muttenzerstrasse Los 6 (6150.5010.48)
Bewilligter Kredit CHF 1'000'000.00
Erbrachte Leistungen CHF 1'009'867.15
Kreditüberschreitung CHF 9'867.15 (+0.99%)

://: Die Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

1.2 Wasserleitung Muttenzerstrasse Los 6 (7101.5030.81)
Bewilligter Kredit CHF 1'000'000.00
Erbrachte Leistungen CHF 1'105'224.45
Kreditüberschreitung CHF 105'224.45 (+10.52%)

://: Die Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2023 werden genehmigt.

2. Nr. 3440

EK-Überprüfung Legislaturziele 2021-2024

Andreas Seiler: Die Entwicklungskommission hat sich entschlossen, die zweite Überprüfung der Legislaturziele in der gleichen Weise durchzuführen wie die erste. Das heisst, zuerst hat der Gemeinderat einen Bericht verfasst, der zur Vernehmlassung an die Fraktionen gegangen ist. Von dort sind Fragen zurückgekommen. Das Dokument haben Sie als Anhang am Geschäft erhalten. Es ist der Bericht mit dem gelben Logo mit dem P der Gemeinde Pratteln oben. Dort sind in Rot die Fragen der Entwicklungskommission und die Antworten des Gemeinderats noch drin. Das wäre der Bericht des Gemeinderats und die EK beantragt, dass wir diesen zur Kenntnis nehmen. Das zweite Dokument ist der Bericht der Entwicklungskommission, die dort noch die eine oder andere Ergänzung gemacht hat. Ich habe das jetzt so genau ausgeführt, weil die Benennung der Dokumente im Internet nicht ganz so schlüssig war. Ich glaube, es hat zweimal Bericht EK geheissen. Es sollte aber klar sein, wenn man die Berichte anschaut.

In Vorwegnahme, dass es allenfalls ein Votum gibt, möchte ich erwähnen, dass es gewisse Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte gibt, die vielleicht eine klarere Beurteilung erwartet haben im Sinne von Ziel erreicht / Ziel nicht erreicht. Da muss man beachten, dass wir die Ziele am Anfang auf strategischer Ebene definiert haben und nicht einzelne Massnahmen als Ziel dem Gemeinderat vorgeben wollten, weil die Massnahmen eigentlich in der Kompetenz der Exekutive, also des Gemeinderats sind. Als Folge davon ist es auch nicht immer ganz einfach, zu 100% bei allen Legislaturzielen sagen zu können, ob sie jetzt erreicht sind oder nicht. Es hat sich in der Diskussion in der Entwicklungskommission auch gezeigt, dass die Schwerpunkte oder die Einschätzungen in den Fraktionen nicht überall gleich sind. Ich denke, das ist im Bericht der Entwicklungskommission auch so abgebildet. Es gibt gewisse Punkte, bei denen wir einstimmig waren, andere, die mehrheitlich in den Bericht hineingekommen sind und gewisse Minderheitspositionen. Das wäre es von meiner Seite. Natürlich stehe ich für Fragen zur Verfügung.

Dieter Stohler: Herzlichen Dank für den Bericht, den wir selbstverständlich zustimmend zur Kenntnis genommen haben. Ich habe einfach eine Bemerkung, auch noch nach deinen Ausführungen. Ich habe den Bericht hier vor mir und habe vorher noch einmal in den Computer geschaut. Also ich habe den Begleitantrag, den Bericht der EK, und dann habe ich das Dokument mit diesen roten Schriften. Das ist eine Vermischung mit diesen Fragen an den Gemeinderat. Vielleicht war das eine Einzelfrage, aber als ich es gelesen habe, hat es mich einfach gestört, so dass ich hier dazu etwas sagen möchte. Ich bin bei Legislaturziel 11, Kulturleitbild evaluieren, und das einzige, was ich hier lese, inhaltlich beim Kulturleitbild, ist ein Satz in Rot: «Das Z7 als unser grösster Kulturverein, der überdies wirtschaftlich rentabel ist, muss ernstgenommen werden und die Interessen bei Planungen durch die Gemeinde berücksichtigt werden». Ich will das jetzt nicht verlängern, sondern einfach sagen: Das als einziger Inhalt dieser Legislaturziele zum Thema Kultur zu lesen, gibt ein falsches Bild für die Öffentlichkeit. Ich möchte einfach erwähnen, Z7 – bei aller Berechtigung, und es ist wunderbar, dass das wirtschaftlich rentiert – ist eben ein Konzertveranstalter mit professionellen Interessen. Kultur in Pratteln wird betrieben durch andere, oder auch noch andere Institutionen und die möchte ich einfach erwähnen. Es gibt eine Kulturkommission, die ein Budget hat. Es gibt einen Verein Kultur Pratteln und es gibt einen Verein Bürgerhaus Pratteln. Alle haben ein aktives Kulturprogramm und leisten einen Beitrag an vielfältige kulturelle Veranstaltungen. Auch den VVP darf man vielleicht in diesem Zusammenhang erwähnen; einen ganz grossen Verein, der sich für die Kultur engagiert. Dieses Bild möchte ich doch noch zeichnen. Pratteln besteht kulturell nicht nur aus dem Z7.

Emil Job: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat die Berichte mit Interesse gelesen und möchte sich ganz herzlich bedanken bei all denen, die daran beteiligt gewesen sind. Wir nehmen den Bericht mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis.

Jasmine Bosshard: Auch wir von der SP-Fraktion möchten uns herzlich bei allen bedanken, die am Bericht mitgewirkt haben, haben aber doch noch eine kleine Anmerkung. Beim Ziel 1, wo es um die Finanzen geht, steht, es sei teilweise erreicht, weil das Budget nicht ausgeglichen ist. Das Budget war einmal nicht ausgeglichen, die anderen dreimal schon.

Patrick Weisskopf: Ich möchte der Entwicklungskommission recht herzlich danken für den Bericht und habe noch einige Bemerkungen dazu. Wir haben ja die Entwicklungskommission vor ein paar Jahren gestartet mit der Einführung des Globalbudgets und auch zur politischen Steuerung, zur Förderung der Kommunikation, unter anderem zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat respektive der Verwaltung, damit man sich längerfristig festlegt und sich überlegt, wohin sich Pratteln entwickeln will. Ich habe das damals für ein sehr gutes Instrument gehalten. Wir haben es auch in der letzten Sitzung gesehen. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass es im neuen Reglement rausfliegen wird, aber die Kommission wurde einfach nie richtig ernstgenommen. Wir haben immer wieder diskutiert, wie messen wir diese Ziele, wie können wir das machen? An den Voten, die letztes Mal gefallen sind, habe ich auch gemerkt, man will sie abschaffen, weil sie eben nicht ernstgenommen worden ist. Das wird jetzt auch dazu führen, dass wieder grössere Diskussionen hier im Einwohnerrat stattfinden werden. Ebenfalls hatte die Entwicklungskommission auch den Vorteil, dass alle Fraktionen darin vertreten waren, auch wenn sie keinen Gemeinderat hatten. Das hat die Diskussion dort drin gefördert. Meine Frage ist jetzt: Hier im Bericht, unter Punkt 3 beim Vorgehen steht «schlussendlich hat die Entwicklungskommission an einer Sitzung diesen Bericht verabschiedet» und oben steht, dass die Sitzung einberufen worden war, aber durch den Gemeinderat abgesagt wurde. Da nimmt mich jetzt wunder, ob durch den Gemeinderat eine Absage erfolgte, nach diesen Antworten gar nicht mehr zu kommen, oder wurde die Sitzung als Kommission, der Kommissionspräsident abgesagt? Es macht für mich einen grossen Unterschied, wer abgesagt hat. Das möchte ich gerne wissen.

Rebecca Moldovanyi: Ganz kurz als Antwort an Dieter: Es steht ganz viel zum Thema Kultur. Das in Rot ist eine Frage von jemandem, der dort in der Kommission war oder eine Stellungnahme, und der nächste Text in Rot ist die Antwort darauf. Aber alles davor behandelt ebenfalls schon Fragen zur Kultur.

Andreas Seiler: Ich beantworte gerne die Punkte, die jetzt noch aufgekommen sind. Ich glaube, ein Teil von Dieter Stohlers Punkt hat Rebecca Moldovanyi jetzt schon beantwortet. Der Punkt vom Z7 ist zwar auf dieser Seite zuoberst drauf über dem Titel «Legislaturziel 12», also es gehört zu 11. Wie gesagt, die roten Texte sind Fragen, die aus den Fraktionen gekommen sind zuhanden der Entwicklungskommission. Diese hat die Fragen aus der Fraktion eins zu eins an den Gemeinderat weitergeleitet. Das ist der rote Teil in normaler Schrift. Die Antworten des Gemeinderats sind der rote Teil in kursiver Schrift. Wie Rebecca Moldovanyi jetzt gerade ausgeführt hat, beginnt das Legislaturziel 11 im Bericht des Gemeinderats weiter vorne, und was der Gemeinderat berichtet hat, ist der schwarze Teil. Da geht es um Gemeindeprojekte anlässlich des ESAF, das aufgeführt ist, mit dem Event-Dorf, dann die Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum und dann folgt das Thema Kulturleitbild. Das sind also die Punkte, die wir zum Thema Kultur haben. Aber natürlich nimmt der Rat die Ergänzungen von Dieter Stohler jetzt auch zur Kenntnis. Dann folgt der Punkt von Patrick Weisskopf. Ich habe das im Bericht so aufgeführt. Ursprünglich war geplant, nach der schriftlichen Beantwortung der Fragen der Entwicklungskommission noch eine gemeinsame Sitzung zu machen mit der Entwicklungskommission und allen Mitgliedern des Gemeinderats. Da hat der Gemeinderat oder die Verwaltung, der Gemeindeverwalter mir dann mitteilt, dass der Gemeinderat die Sitzung absagt. Es wurde also nicht von Seiten der Entwicklungskommission der Wunsch geäussert, die Sitzung nicht zu machen, sondern von Seiten des Gemeinderats. Es hat aber auch keine Intervention gegeben. Von Seiten der Mitglieder der Entwicklungskommission ist niemand an mich herangetreten und hat gesagt, dass wir das unbedingt durchführen müssten, weil – und das haben wir auch festgestellt – die Anzahl Fragen im Vergleich zur ersten Überprüfung relativ gering war. Zwei Fraktionen haben gar keine Fragen eingegeben.

GP Stephan Burgunder: Auch der Gemeinderat findet die Kommunikation und den Austausch mit dem Einwohnerrat und den Personen aus dem Einwohnerrat extrem wichtig. Es ist ein Geben und ein Nehmen. Ich plaudere jetzt ein bisschen aus dem Nähkästchen. Der Gemeinderat ver-

einbart mit der RPK ein halbes Jahr im Voraus eine Sitzung für die Präsentation der Jahresrechnung. Die RPK hat neun Mitglieder und vier Ersatzmitglieder, das sind 13 Mitglieder. An dieser Sitzung sind von der RPK gerade mal fünf Leute anwesend.

Die RPK hat den Auftrag, den Zweckverband APG für die Region Rheintal zu prüfen. Auch dort müsste ein Mitglied der RPK zur Sitzung hingehen. Es schafft es kein Mitglied, dorthin zu gehen. Der Austausch zwischen dem Gesamtgemeinderat mit dem Gemeindeverwalter und der GPK: Die GPK hat sieben Mitglieder und vier Ersatzmitglieder. Wir beginnen die Sitzung. Es sind drei GPK-Mitglieder anwesend, die sind nicht einmal beschlussfähig. Während der Sitzung kommen dann noch zwei weitere. Am Schluss sind dann fünf Mitglieder anwesend. Jetzt komme ich zurück auf die Entwicklungskommission. Die Entwicklungskommission hat neun Mitglieder, vier Ersatzmitglieder, also 13 Mitglieder. Es gibt keine Vorbereitungsitzung. Wir verfassen im Gemeinderat einen Bericht und schicken ihn der Entwicklungskommission. Es kommen aus zwei Fraktionen genau zehn Fragen. Sieben von der einen Fraktion, drei von der anderen. Wir beantworten diese zehn Fragen, Sie sehen diese Fragen im Bericht. Ich habe dann keinen Diskussionsbedarf mehr, zu den zehn Fragen noch etwas zu sagen. Aus diesem Grund haben Beat Thommen und ich gesagt, es braucht keine Sitzung. Es ist keine Intervention der Entwicklungskommission gekommen. Man hat eine Sitzung gemacht in der Entwicklungskommission. Eine, auch hier waren selbstverständlich wieder nicht alle anwesend. Insbesondere von diesen zwei Fraktionen, von denen eine die Fragen gestellt hat, waren alle Mitglieder abwesend. So viel einfach zu dieser Diskussion. Diese Sitzung beim Gemeinderat hätte an diesem Abend stattgefunden, wo es dann von einer Fraktion ein paar Fragen gegeben hätte. Auch wir im Gemeinderat arbeiten im Milizsystem. Wir setzen uns freiwillig jeden Tag für die Gemeinde ein. Ich finde es schon ein wenig einen Affront, wenn man uns dann sagt, wir würden das nicht wertschätzen. Ich wünsche mir wirklich für die neue Legislaturperiode, dass Sie hier drin in jeder Kommission vollzählig sind, insbesondere, wenn man ein halbes Jahr im Voraus die Sitzungsdaten kennt und es Ersatzmitglieder gibt. Wenn man dann nur knapp beschlussfähig ist, dann hat das vielleicht auch mit der Diskussion oder Wertschätzung zu tun. Aus diesem Grund, Patrick, habe ich die Sitzung abgesagt und übernehme die Verantwortung.

Patrick Weisskopf: Ich danke GP Stephan Burgunder für diese Klärung. Sie zeigt halt etwas, an dem wir wirklich arbeiten müssen: Dass wir als Einwohnerrat und Mitglieder die Sitzungen sehr ernstnehmen und sie planen. Ich habe das gemacht, ich war dort dabei. Ich habe ebenfalls festgestellt, dass diverse Leute fehlen. Das ist etwas, was wir auf die nächste Legislatur beherzigen müssen. Von daher danke ich für die «Kropfleerete».

Andreas Seiler: Ich habe auch noch eine kleine Ergänzung. Was GP Stephan Burgunder gesagt hat, ist richtig. An dieser EK-Sitzung haben zwei EK-Mitglieder gefehlt, die anderen Fraktionen waren vollständig anwesend. Das Ersatzmitglied war dann leider auch verhindert. Ich möchte aber ergänzen, dass die Fraktion uns die Sachen, die wir für den Bericht noch haben besprechen können, vorgängig eingegeben hat und wir, die anwesenden EK-Mitglieder, das angeschaut haben. Ein Teil ist auch in den Bericht hineingekommen, weil es eine Mehrheit gefunden hat. Also ich denke, die EK hatte keine schlechte Präsenz, auch wenn es vielleicht unglücklich war, dass jetzt gerade zwei Personen von derselben Fraktion gefehlt haben. Was man aber vielleicht auch noch erklären oder ergänzen muss, ist, dass es aus Sicht des Gemeinderats auch eine gewisse Überschneidung der Arbeiten der GPK, RPK und EK gibt, und somit für den Gemeinderat als X-mal dasselbe daherkommt. Das ist vielleicht auch der Grund, weshalb die Ratsmehrheit beschlossen hat, dass die EK im Reglement nicht mehr drin ist.

Beschlüsse

//: A: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht des Gemeinderats «Legislaturziele und Massnahmen 2021-2024 - Überprüfung 1. Semester 2024» zur Kenntnis.

//: B: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht der Entwicklungskommission «Legislaturziele 2021-2024, Überprüfung 1. Semester 2024» zur Kenntnis

3. Nr. 3442

Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Amtsjahr 2023-2024

Dieter Stohler: Sie haben den Tätigkeitsbericht Geschäft 3442 vor sich liegen. Ich wiederhole ihn nicht, möchte aber noch schnell sagen, warum ich hier sitze. Ich bin ja nur Vizepräsident der GPK, aber der Präsident ist gleichzeitig Einwohnerratspräsident. Darum darf ich kurz hier rapportieren und wir stehen auch für Fragen zur Verfügung. Ich möchte ergänzend zum Bericht noch zwei Sätze sagen:

Das eine ist, dass wir in dieser Legislatur 2020 bis 2024 doch zwei erwähnenswerte, um nicht zu sagen grössere Krisensituation erlebt haben, zum Teil weltweit, zum Teil in der Gemeinde. Das eine ist Corona, das andere ist eine Krisensituation im Zusammenhang mit dem Schwimmbad in Pratteln. Bei beiden Krisenfällen hat das Krisenmanagement der Gemeinde Pratteln sehr gut funktioniert. Die Aufgabe der GPK ist ja eigentlich nur ein Überwachungsauftrag der Verwaltung und nicht irgendwie eine Ermessenskontrolle oder eine Abklärung, ob zweckmässig ist, was da gearbeitet wird. Das ist zwar nicht unsere Aufgabe, aber müsste ich jetzt der Verwaltung Schulnoten austeilen, so kann ich Ihnen sagen, das wäre sehr nahe bei der Maximalnote. In diesem Sinn gratuliere ich der Gemeinde, der Gemeindeverwaltung, dem Verwalter, insbesondere auch für die tolle funktionierende Verwaltungstätigkeit von Pratteln. Ich möchte auch noch danken – das steht natürlich auch im Bericht – für die gute Zusammenarbeit, die wir hatten mit dem Gemeinderat. Er ist der Verwaltung immer Rede und Antwort gestanden, wenn wir von der GPK etwas wissen wollten oder eine Rückfrage hatten. Danken möchte ich auch den Mitgliedern der GPK und der Protokollführerin Maria Burt. Das wären meine Ausführungen. Jetzt haben Sie vielleicht Fragen, Bemerkungen, was auch immer.

Silvia Lerch: Ich bedanke mich, auch im Namen der FDP-Die Mitte, für die aufwendige Arbeit bei Kommission, Verwaltung und allen Beteiligten. Wir nehmen das gerne so zur Kenntnis und stimmen dem auch zu. Wir haben allerdings noch eine Frage zu Punkt fünf: Bei Untersuchungen und Feststellungen hat die GPK ausgeführt, dass es angemessene IT-Sicherheiten hat. Da haben wir uns gefragt, ob da Spezialisten zugezogen wurden, um das zu beurteilen und ob die Prozesse oder Institutionen von Mitarbeitern geprüft wurden.

Dieter Stohler: Vielen Dank für diese Frage, die ich zu beantworten versuche. Cybersicherheit ist in der heutigen Zeit ein weltumspannendes Thema und wir von der GPK massen uns nicht an zu sagen, irgendetwas ist sicher. Sicher ist heute nichts. Wenn man sieht, welche milliardenschweren Massnahmen der Bund trifft im Bereich der Cybersicherheit und dann gehackt wird – daran sieht man, dass man sehr viel machen kann. Die absolute Sicherheit gibt es nicht. Was wir aber sagen können und was unser Auftrag war: Wir haben überprüft, ob die Massnahmen, welche die Gemeindeverwaltung, der Gemeinderat getroffen hat, aus unserer Sicht standardmässig sind oder der heutigen Zeit angemessen. Dazu kann ich kurz berichten. Es ist ja nur sehr grob zusammengefasst im Bericht. Man hat also von der Gemeinde ein Assessment, ein externes Gutachten, der Firma PH Networks machen lassen. Die haben eine Prüfung der Gemeinde Pratteln im Jahr 2022 vorgenommen. Die Subkommission ist dann den Prüfbericht Punkt für Punkt durchgegangen und hat geschaut, was umgesetzt ist oder welche Massnahmen offen sind. Ich war auch Mitglied in dieser Subkommission, zusammen mit Emil Job. Wir können einfach bestätigen, dass wir hier auf gutem Weg sind. Das Thema Cybersecurity kann in den nächsten 20 Jahren so beantwortet werden. Das hört einfach nicht auf. Ein Stand, der heute angemessen ist, wäre in drei Jahren vollkommen veraltet. Da muss man immer am Ball bleiben. Wir haben festgestellt, dass z. B. im Thema Mitarbeitersensibilisierung weitere Pendenzen nicht nur aufzuarbeiten sind, sondern das muss einfach immer weitergehen, mit Tests, Fishing-Tests und so weiter. Wer in einer Firma an einem Arbeitsplatz tätig ist, kennt das wahrscheinlich.

Séline Gutknecht: Wir von der SVP bedanken uns ganz herzlich bei den Mitgliedern der GPK für die Arbeit und Maria Burt für das Protokoll. Wir von der Fraktion haben den Tätigkeitsbericht gelesen und besprochen. Wir nehmen ihn zur Kenntnis und stimmen dem Bericht zu.

Rebecca Moldovanyi: Im Namen der Fraktion der SP möchte ich mich ganz herzlich bei der GPK bedanken für den Bericht. Wir sind soweit einverstanden und stimmen dem zu.

Er hätte von uns aus gesehen ein bisschen ausführlicher sein dürfen, aber wir konnten die meisten Fragen innerhalb der Fraktion klären. Das einzige, was für mich noch offen ist: Es steht, dass sich die GPK und die Gemeindepolizei eine nähere Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei wünschen, um Ressourcen zu nutzen. Ist da etwas angedacht, gibt es Projekte?

Dieter Stohler: Wir haben das besprochen mit dem Gemeinderat. Die Frage, wo wir in diesem Projekt jetzt genau stehen, müsste ich an den Gemeinderat weiterleiten.

Delia Moldovanyi: Ich bedanke mich im Namen der Fraktion der Unabhängigen und Grünen für den Tätigkeitsbericht bei allen Mitwirkenden. Wir haben keine weiteren Bemerkungen oder Fragen dazu.

GR Stefan Löw: Zu dieser Frage wegen der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei: In Pratteln findet jeweils einmal im Jahr ein runder Tisch statt, wo sowohl Vertreter des Kantons, der Gemeinde und der Verwaltung anwesend sind. Dort hat man einen sehr eingehenden Austausch über die Situation in der Gemeinde und bespricht auch Sachen, die sich während des Jahres abgespielt haben. Unter anderem hatten wir ja Probleme mit dem Feuerwerk, wo es einen Übergriff gab und die Bevölkerung zum Teil auch Angst hatte. Da ist man einfach im Austausch. Dazu muss ich vielleicht sagen, dass es grundsätzlich eine Kantonsaufgabe ist, wenn ein Strafverfahren eingeleitet wird. Gegenüber der Gemeinde wird ein Informationsstopp vollzogen, sobald es ein Strafverfahren gibt. Die Intensität kann man in einem gewissen Sinn aufrechterhalten und sich austauschen. Es geht vor allem darum, sich in der Kommunikation ein bisschen näher zu kommen. Aber es hat auch dort halt seine Grenzen, die das Gesetz vorgibt, wo auch der Kanton uns dann nicht mehr weiter informieren kann. Wie gesagt, wenn es ein Strafverfahren ist, dann gibt es einen Informationsstopp.

://: Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Nr. 3305

Totalrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, 2. Lesung

Urs Schneider: Die erste Lesung wurde an der letzten Einwohnerratssitzung abgeschlossen. Ich frage den Präsidenten der Spezialkommission, ob er noch einmal das Wort verlangt.

Mauro Pavan: Nein, im Moment nicht. Die in der ersten Lesung beschlossenen Änderungen liegen euch vor. Daher gibt es im Moment von meiner Seite nichts mehr dazu zu sagen.

2. Lesung

A) Beginn des Amtsjahres und Konstituierung §1 Amtsjahr und Periode

Rebecca Moldovanyi: Ich hätte einen ganz kleinen Antrag, der aber eigentlich nicht zum §1, sondern zum Gesamten ist. Das haben wir übersprungen. Im Text kommt dreimal vor «Mitarbeiterin und Mitarbeiter» und «Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter». Ich möchte beantragen, dass man das ersetzt durch «Mitarbeitende». Dann wird es noch einmal etwas kürzer und es sind alle genannt.

Patrick Weisskopf: Es tut mir leid, aber ich bin kein Gender-Fan, und wenn man gendert, dann bitte richtig. Wenn man nämlich schreibt, die Mitarbeitende, der Mitarbeitende....

Ohne Mikrophon wird berichtet, dass es die Mitarbeitenden heisst.

Patrick Weisskopf: Ok, dann stimmts, sorry.

Abstimmung

Der Antrag der SP, Rebecca Moldovanyi, wird mit 32 Ja- zu 4 Nein-Stimmen beschlossen:

://: Bei den §§ 17, 20 und 28 sind Mitarbeiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Mitarbeitende zu ersetzen.

Fortsetzung der Lesung

§2 Konstituierung

B) Rechte und Pflichten des Ratsmitgliedes

§3 Amtssprache

§4 Teilnahme an Sitzungen

§5 Mitwirkungsrechte

§6 Auskunftsrecht

§7 Offenlegung der Interessenbindung

§8 Ausstand

§9 Entschädigung

§10 Rücktritt

§11 Öffentlichkeit, Publikationen

C) Organisation des Einwohnerrates

1. Allgemeines

§12 Organe des Einwohnerrates

§13 Aufgaben des Präsidiums

§14 Aufgaben des Vizepräsidiums

§15 Aufgaben des Büros

§16 Fraktionen

§17 Ratsdienste

2. Kommissionen

§18 Aufgaben

§19 Rechte

§20 Protokollführung

§21 Verfahren

§22 Ersatzmitglieder

§23 Beschlussfassung

§24 Berichterstattung

§25 Rückstellung

§26 Rückweisung oder Nichteintreten *Keine Wortmeldungen*

3. Ständige Kommissionen

§27 Bestand, Wahl, Amtsdauer

Rebecca Moldovanyi: Wir haben hier drin festgelegt, dass man jetzt drei Amtszeiten und nicht nur zwei in einer Kommission sein kann. Was aber wahrscheinlich versehentlich geändert wurde – ich wüsste jedenfalls keine Begründung dafür – ist, dass das Präsidium keine Begrenzung mehr hat. Ich würde deshalb vorschlagen, das wieder aufzunehmen, weil ja verlängert wurde auf drei Amtsperioden, das Präsidium auf zwei Amtsperioden plus halt je nachdem die Angebrochene zu fixieren. Nicht, dass jemand quasi drei Amtsperioden hintereinander das Präsidium haben kann.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen es folgt die Abstimmung

Der Antrag der SP, Rebecca Moldovanyi, wird mit grossem Mehr beschlossen:

://: § 27 Abs. 6 wieder aufnehmen: Die Wiederwahl der Präsidien über mehr als zwei aufeinander folgenden Amtsperioden ist nicht zulässig, es sei denn, ihre Amtsdauer habe weniger als die Hälfte der Amtsperiode betragen.

Fortsetzung der Lesung

- §28 Geschäftsprüfungskommission**
- §29 Rechnungsprüfungskommission**
- §30 Bau- und Planungskommission**

- 4. Spezialkommissionen**
- §31 Auftrag, Wahl und Amtsdauer**

D) Geschäfte

- 1. Allgemeines**
- §32 Geschäfte des Einwohnerrates**
- §33 Vorlagen des Gemeinderates**
- §34 Vorstösse**

- 2. Vorstösse**
- §35 Motionen**
- §36 Postulate**
- §37 Behandlung von Motionen und Postulaten**
- §38 Erfüllung und Abschreibung von Motionen und Postulaten**
- §39 Interpellationen**
- §40 Dringliche Behandlung**
- §41 Planungsmotion**
- §42 Planungspostulat**
- §43 Planungsantrag**
- §44 Verfahrenspostulat**
- §45 Resolution**
- §46 Fragestunde**
- §47 Schriftliche Anfragen**

E) Sitzungen des Einwohnerrates

- 1. Allgemeines**
- §48 Einberufung**
- §49 Protokoll**
- §50 Sitzordnung**
- §51 Sanktionen gegenüber Sitzungsteilnehmenden**

- 2. Beratung**
- §52 Bereinigung der Traktandenliste**
- §53 Eintretensdebatte**
- §54 Durchführung der Beratung**
- §55 Redeordnung**
- §56 Ordnungsanträge**
- §57 Schliessung der Rednerliste**
- §58 Schluss der Beratung**
- §59 Rückkommen**

- 3. Abstimmungen**
- §60 Anträge**
- §61 Abstimmungsreihenfolge**
- §62 Stimmabgabe, Stichentscheid**
- §63 Besonderer Abstimmungsmodus**

§64 Erforderliches Mehr
§65 Behördenreferendum

4. Wahlen
§66 Stille Wahlen
§67 Geheime Wahlen
§68 Ermittlung der Wahlresultate
§69 Einzelwahl
§70 Listenwahl
§71 mehrere Wahlen
§72 Einwände gegen Wahlverfahren

F) Schlussbestimmung - keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Totalrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juli 2024

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen.

1. Nr. 3397

Quartierplanung Bredella-Areal West / Bericht BPK, 2. Lesung

Kurt Lanz: Wir hatten an der letzten Einwohnerratssitzung die erste Lesung. Am Dienstag letzte Woche haben wir die überarbeitete Fassung erhalten. Beim Durchsehen dieser überarbeiteten Fassung ist mir aufgefallen, dass im §14 der Absatz 12, wo die Bau- und Planungskommission einen Änderungsantrag hatte, nicht aufgenommen wurde. Darum werde ich beim §14 noch einmal den Antrag stellen, bei der jetzigen Lesung diesen Absatz 12 noch aufzunehmen. Es ging, resp. geht nicht darum, dass wir einen Antrag gestellt hätten, der abgelehnt worden wäre und jetzt nochmals gestellt würde. Es geht darum, dass wir offensichtlich das letzte Mal einfach über den Antrag der Bau- und Planungskommission abgestimmt haben und der erste Punkt in Absatz 11 Eingang gefunden hat in dieser überarbeiteten Fassung, aber Absatz 12 leider nicht.

GR Philipp Schoch: Ich habe es letztes Mal bereits gesagt, aber es ist mir ein Anliegen, das zu wiederholen, weil es auch heute noch richtig ist. Bredella ist das richtige Projekt am richtigen Ort, perfekt erschlossen, ausser für das Velo, und es hat die richtigen Ziele. Wir haben in der Gemeinde Pratteln mit dem räumlichen Entwicklungskonzept und mit Pratteln Mitte die Grundlagen geschaffen für die wichtigen Entwicklungen in unserer Gemeinde. Beim Quartierplan und beim räumlichen Entwicklungskonzept haben wir uns sehr darum bemüht, dass mit partizipativen Prozessen die Bevölkerung und andere Interessierte einbezogen werden können in die wichtigen Vorhaben. Ich glaube, das ist uns gut gelungen und man kann diesen Grundlagen und auch dem Projekt Bredella nicht vorwerfen, dass zu wenig informiert worden sei oder dass es zu wenig Möglichkeiten gegeben habe zum Mitmachen. Wir können uns als Gemeinde nur dann gut entwickeln, wenn wir das gemeinsam machen, mit der Bevölkerung, mit dem Einwohnerrat, mit diesen Leuten, die investieren wollen in Pratteln. Der Einwohnerrat hat an der letzten Lesung und auch schon vorher über den Vorstoss wissen wollen, wie eigentlich die Gemeinde von den Entwicklungen profitiert.

Wir haben das im speziellen Fall von Bredella einmal angeschaut und Dirk Lohaus, der Teamleiter Raumplanung, wird Ihnen nachher die Resultate zeigen. Worauf sind wir gekommen? Was bringt es der Gemeinde Pratteln, wenn wir heute Abend zu Bredella ja sagen würden? Das ist nicht einfach etwas, wo wir den Finger in die Luft gehalten und uns irgendwelche schönen Zahlen überlegt haben, so dass es auch möglichst allen gefällt. Nein, wir haben Grundlagen beigezogen; einerseits den Wohnkalkulator und andererseits die Gewerbeanalyse. Sie kennen beide Papiere mehr oder weniger. Wir möchten Ihnen jetzt aufzeigen, was es überhaupt bringt, wenn wir entwickeln. Als kleine Vorschau kann ich Ihnen sagen: Je mehr Dichte wir auf den Boden bringen, desto mehr bringt es auch der Gemeinde. Ganz klar müssen wir auch in die Infrastruktur investieren. Das ist so, aber den «return on investment» werden wir Ihnen aufzeigen können. Behaften Sie uns nicht auf die Folie, was einzelne Jahre anbelangt. Ob man das Ziel erreicht nach X- oder nach Y-Jahren, spielt nicht so eine Rolle, das werden Sie nachher sehen. Wir werden es gut erreichen können und es ist machbar. Die Parkplätze waren an der ersten Lesung auch noch ein Diskussionspunkt. Da wird der Gemeinderat einen kleinen Antrag dazu stellen. Ich bin gespannt auf die Diskussion heute Abend und gebe Dirk Lohaus das Wort.

Dirk Lohaus:

Präsentation Business Case Bredella-Areal



Jährliche netto Erträge Bredella

Einnahmen Zukunft (Bredella West)

Jährliche Steuereinnahmen

- + Natürliche Personen CHF 2'014'000*
- + Juristische Personen CHF 300'000**

Jährliche Kosten

- Bildung/Soziales CHF 1'102'000*

Einnahmen netto (p.a.) CHF 1'212'000

Heutige
Steuereinnahmen
CHF 625'000

Einnahmen Zukunft (Bredella Ost)

Jährliche Steuereinnahmen

- + Natürliche Personen CHF 3'816'000*
- + Juristische Personen CHF 625'000**

Jährliche Kosten

- Bildung/Soziales CHF 2'088'000*

Einnahmen netto (p.a.) CHF 2'353'000

Jährliche Erträge (netto) pro Jahr

Heute CHF 631'000

Zukunft CHF 3'565'000

24.6.2024 - QP Bredella-West, Beratung Einwohnerrat

Quellen
* Wohnkalkulator Pratteln, Hochschule Luzern 2023,
ETHZ 2024 (Verdichtung am Bahnhof = Aufwertung)
<https://spur.ethz.ch/de/aktuell/2024/12/11/densification.html>
** Steuererträge Gemeinde

Infrastrukturkosten (+/-10%, einmalig, ohne Unterhalt)

Verkehrsinfrastruktur

- Übergeordnete Verbindungen
- Bahnquerung
- Aufwertung Bahnhof

Kosten total ca. CHF 40'000'000

- Beitrag Bredella CHF 20'000'000

- Kanton/Bund CHF 10'400'000

Gemeinde netto CHF 9'600'000

Schulbauten (Anteil Bredella)

Kindergarten CHF 5'000'000

Schule CHF 9'070'000

- Ersparnis CHF 2'070'000
(Mehrfachnutzung/Etappierung)

Gemeinde netto CHF 12'000'000

Ausgaben

Verkehr (übergeordnet) CHF 9'600'000

Schule CHF 12'000'000

Summe CHF 21'600'000

Jährliche Erträge

CHF 3'565'000 x 6 J = CHF 21'390'000

In ca. 6 Jahre sind die
Gemeindeausgaben abbezahlt

24.6.2024 - QP Bredella-West, Beratung Einwohnerrat

3

Ich bin hier um kurz zusammenzufassen, was unser Business Case Bredella Areal ergeben hat in verschiedenen Zahlen: Die Ermittlung der Einnahmen, den Netto-Einnahmen aus der Arealentwicklung Bredella und die Gegenüberstellung mit den Infrastrukturausgaben, die im Umfeld des Bahnhofs und auch anlässlich des Bredella-Areals entstehen. Wie Philipp Schoch eingangs dargestellt hat, haben wir heute eine relativ solide Grundlage, um das auch seriös ermitteln zu können. Wir stützen uns in der Ermittlung einerseits auf die Ermittlung und die Analysen der Hochschule Luzern im Rahmen von Wohnkalkulator und Gewerbeanalyse, auf die aktuellen Steuerzahlen der Gemeinde, was die Gewerbesteuererträge angeht beispielsweise und auf verschiedene andere Analysen aus dem universitären Umfeld.

Ich möchte kurz die Ergebnisse vorstellen. Zunächst beginnen wir mit den Erträgen. Wir haben versucht, die Netto-Erträge für das Bredella-Areal zu ermitteln. Wir beginnen mit dem Westen und haben erst mal dargestellt, welches die heutigen Steuereinnahmen im Bredella-Areal sind. Die betragen im Bredella West heute CHF 6'000 pro Jahr.

Wenn man dem gegenüberstellt, welche Einnahmen zukünftig erwartet werden, dann gehen wir einerseits aus von den Steuereinnahmen durch die natürlichen Personen, also die Personen, die

dort leben werden. Gemäss den Analysen der Hochschule Luzern und unseren Analysen zur Gemeinde kommen wir auf zusätzliche Einnahmen von etwa CHF 2,014 Millionen pro Jahr durch die natürlichen Personen. Das sind Vergleichswerte, die sich aus vergleichbaren Arealen in Pratteln Mitte ergeben. Es ist nicht der Prattler Durchschnitt. Es sind die neuen Quartiere, die entstanden sind in der Gemeinde Pratteln. Das ist ein wichtiger Unterschied, denn Pratteln ist nicht überall gleich. Der zweite Punkt, die zweiten Einnahmen sind die Einnahmen von den juristischen Personen, die wir zukünftig erwarten. Hier haben wir den Durchschnittswert pro m² zugrunde gelegt der Gewerbebetriebe insgesamt im Bredella-Areal. Da kommen wir dann, hochgerechnet auf die zukünftigen Gewerbeflächen, die dort angeboten werden, auf CHF 300'000 Einnahmen pro Jahr. Das heisst, wir haben Steuereinnahmen einerseits durch die juristischen Personen von CHF 300'000 und von gut CHF 2 Millionen pro Jahr durch die natürlichen Personen, die zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner. Natürlich verursacht die Arealentwicklung auch Kosten. Zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner verursachen Kosten, wie es richtig diskutiert wurde. Diese liegen vor allem im Bereich Bildung und Soziales. Das ist der grösste Ausgabenposten da drin. Wir haben diese Kosten zusammengefasst, auch wieder gestützt auf diese Analysen, und kommen für Bredella West auf jährliche Kosten von einer Million. Das heisst, unter dem Strich werden durch die Arealentwicklung im Bredella West zusätzliche Einnahmen netto pro Jahr von CHF 1,212 Millionen generiert. Das gleiche für Bredella Ost, und hier sehen Sie, sind die Steuereinnahmen heute grösser. Das liegt daran, dass es hier einzelne Betriebe gibt, die deutlich mehr Steuern zahlen. Das sind auch die Gründe, warum wir diese durchschnittlichen Zahlen zugrunde gelegt haben für die gewerblichen Erträge. Heute betragen dort die Steuereinnahmen CHF 625'000 pro Jahr.

Das gleiche Spiel also auch für das Gebiet Bredella Ost. Durch die zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner im Gebiet Bredella Ost entstehen hier bei den natürlichen Personen zusätzliche Einnahmen von CHF 3,8 Millionen pro Jahr. Bei den juristischen Personen, von den gleichen Beträgen, wie sie heute dort sind – das ist eine Annahme, die wir getroffen haben – von CHF 625'000. Auch hier müssen wir die Kosten abziehen für die natürlichen Personen. Das sind etwa CHF 2,1 Millionen, die dort jährlich entstehen, so dass wir hier unter dem Strich auf Netto-Einnahmen kommen für die Gemeinde von CHF 2,353 Millionen.

Rechnet man das zusammen, haben wir heute Netto-Erträge aus dem gesamten Gebiet von CHF 631'000. Zukünftig mit der Arealentwicklung hätten wir Netto-Erträge von CHF 3,565 Millionen pro Jahr. Das war die Einnahmenseite; der Versuch, die Netto-Erträge aus dem Bredella-Areal zu umreissen. Demgegenüber entstehen im Zusammenhang mit Bredella auch Infrastrukturanlagen. Infrastrukturanlagen bedeuten auch Kostenausgaben. Die Infrastrukturkosten können wir ebenfalls relativ gut abschätzen anhand von Vorstudien, die gemacht wurden, z. B. zur Verkehrsinfrastruktur. Sie sehen hier die Verbindungen, die mit dem Bredella-Areal im Gebiet Pratteln Mitte entstehen. Das sind Verkehrsinfrastrukturen wie übergeordnete Verbindung vom Dorf über den Bahnhof ins Grüssenareal. Das sind Verbindungen wie die neue Bahnquerung und das ist eine Aufwertung des Bahnhofsumfelds. Das sind Infrastrukturen, die der gesamten Gemeinde zugutekommen. Sie sind nicht zwingend matchentscheidend für Bredella selbst. Das sind Infrastrukturen, die über das Gebiet von Bredella hinaus reichen und eigentlich Pratteln Mitte und Pratteln miteinander verbinden. Die Kosten für diese Verkehrsinfrastrukturen betragen etwa CHF 40 Millionen.

Durch die Arealentwicklung wurden Infrastrukturvereinbarungen abgeschlossen mit der Grundeigentümerschaft. Dadurch entstehen Beiträge an diese Verkehrsinfrastrukturen in Höhe von etwa CHF 20 Millionen. Das heisst, von diesen CHF 40 Millionen werden CHF 20 Millionen von der Grundeigentümerschaft finanziert. Es könnte gekoppelt werden mit Bundesbeiträgen und Kantonsbeiträgen. Der Kanton ist, wie Sie wissen, für den Verkehr zuständig. Er bezahlt den Bushof, der ebenfalls umgestaltet werden kann mit der Arealentwicklung. Dadurch können zusätzliche Mittel generiert werden von gut CHF 10 Millionen. Unter dem Strich bedeutet das für die Verkehrsinfrastruktur, dass die Verkehrsinfrastruktur von CHF 40 Millionen die Gemeinde auf knapp CHF 10 Millionen zu stehen käme. Das gibt auch Infrastrukturen, die werden der Bevölkerung in Pratteln Mitte und im Bredella-Areal zugutekommen. Sie entstehen auch durch diese; das sind die Bildungsinfrastrukturen, die Schulinfrastrukturen. Wir haben hier gestützt auf das Schulraumkonzept mal ermittelt, welcher Beitrag hier entstehen würde. Wir haben einerseits durch die Bevölkerungsentwicklung Kosten. Es sind ein Kindergarten in der Höhe von CHF 5 Millionen und Anteile an der Schulraumentwicklung in der Höhe von CHF 9 Millionen.

Wie Sie wissen, ist die Arealentwicklung in Bredella sehr langfristig gedacht, auf etwa 20 Jahre. Das heisst, die Kinder kommen nicht alle gleichzeitig in den Kindergarten und sie kommen nicht alle gleichzeitig zur Schule. Es gibt gleichzeitig Wechselwirkungen und Synergien, die mit anderen Schulräumen und anderen Bildungsstätten in Pratteln zum Tragen kommen, so dass man eine Ersparnis von etwa CHF 2 Millionen abziehen könnte. So kommen wir bei den Schulinfrastrukturen, bei den Schulbauten auf Kosten von etwa CHF 12 Millionen, die unter dem Strich für die Bevölkerung im Bredella-Areal nötig wären. Rechnet man das zusammen, die Verkehrsinfrastruktur und die Schulbauten, kommt man auf etwa CHF 21,6 Millionen an Infrastrukturen, die durch die Gemeinde finanziert werden müssten. Sie erinnern sich an die Folie vorher mit den möglichen Erträgen. Wir haben überschlagen, was das bedeuten würde. Auf wie viele Jahre haben wir so viele Einnahmen generiert, dass diese Ausgaben quasi bezahlt wären? Wir kommen auf ungefähr sechs Jahre. Nach gut sechs Jahren ist man bei CHF 21,39 Millionen. Das ist ungefähr der Betrag, den die Infrastrukturen kosten, wohlgermerkt, die schulischen Infrastrukturen für die Bevölkerung im Bredella-Areal und die Verkehrsinfrastruktur für Pratteln insgesamt, so dass nach sechs Jahren in etwa der kommunale Anteil an die Verkehrsinfrastrukturen und die schulischen Infrastrukturen bezahlt wären. Ich hoffe, ich konnte mit den Ausführungen, mit den Analysen ein bisschen Klarheit in die Diskussion bringen und stehe für Fragen natürlich gerne zur Verfügung.

Lesung

A) Allgemeine Bestimmungen

§1 Masterplan

§2 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Quartierplanung

§3 Geltungsbereich und Inhalt *Keine Wortmeldungen*

B) Art und Mass der baulichen Nutzung

§4 Art der Nutzung

Dieter Stohler: Zuerst besten Dank für die finanzielle Betrachtung von Bredella. Das ist neu für uns. Das heisst, es wurde vorgestellt bei uns in den Fraktionen vor einer Woche. Da möchte ich mich herzlich bedanken. Ein bisschen bin ich irritiert - aber das dürfen Sie, Herr Lohaus, nicht persönlich nehmen - dass es nicht durch den Gemeinderat oder durch die Finanzen präsentiert wird, sondern durch einen Mitarbeiter. Aber offenbar könnt ihr auch bestens rechnen. Ich will damit sagen, ich hätte diese Zahlen gerne gesehen in der ersten Einwohnerratsvorlage. Man kann jetzt sagen, vielleicht hatte man die noch nicht wegen Verhandlungen mit dem Investor und über Abgaben etc. Zusammenfassend ist für mich jetzt eine gewisse Plausibilität entstanden. Ich danke für die Informationen. Wir wissen, was auf uns zukommt, mindestens die Grössenordnung. Jetzt aber der Grund, weshalb ich hier stehe wegen eines Antrags. Ich habe einen Änderungsantrag des §4 Absatz 2 Buchstaben A und B. Im Namen der Fraktion FDP-Die Mitte stelle ich den Antrag noch einmal. Wir haben ihn letztes Mals bereits gestellt und sind knapp unterlegen. Vielleicht haben sich die Meinungen, die Mehrheiten verändert, das weiss man nicht. Weil es für uns ein wichtiger Antrag ist – es kommen aber nachher noch wichtigere bezüglich Parkplätzen – stellen wir ihn noch einmal. Beim § 4 Absatz 2 Buchstaben A und B möchten wir die Beschränkung, die heisst «mindestens 60% Wohnanteil» aufheben und keine Limite einsetzen. Wir haben es jetzt einmal formuliert mit «maximal 100%». Das letzte Mal hatten wir eine ähnliche Formulierung, maximal 100, das heisst, es ist zwischen 0 und 100% offen. Wir möchten damit mehr Freiraum geben in diesem sehr detailliert vorgegebenen Quartierplan und kein Minimum vorgegeben. Inhaltlich kann man sagen, wir möchten auch verhindern, allfällige Wohnungen erstellen zu müssen an einer nicht optimalen Lage. Darum hier für einmal die Freiheiten für den Investor, dass man bei A maximal 100% und bei A2 ebenfalls maximal 100% hat. Besten Dank für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Bernhard Zwahlen: Wir haben ja letztes Mal bereits darüber diskutiert. Ich habe jetzt gerade nochmals schnell den Mitwirkungsbericht durchgesehen, wo die FDP nichts bei dem Thema eingebracht hat, obwohl das mehrmals möglich gewesen wäre. Ich finde es schon lustig, dass man

dann an der Einwohnerratssitzung kommt und sagt «ups», da haben wir etwas verpasst, jetzt wollen wir noch irgendetwas ändern. Wenn nichts dort drin gestanden ist, verstehe ich nicht, warum man jetzt noch einmal damit kommen muss. Man hat es mit der Bevölkerung angeschaut, es hat mehrere Mitwirkungsveranstaltungen gegeben. Man hätte dort mitreden können. Man hatte einen Bericht mit Online-Mitwirkungen und dort steht so ziemlich nichts dazu. Also bitte ich, den Antrag wie letztes Mal abzulehnen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen es folgt die Abstimmung

://: Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, zu § 4 Abs. 2a und 2b max. 100% (statt mind. 60%) wird mit einem Mehr abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§5 Mass der baulichen Nutzung

Paul Dalcher: Dieter Stohler hat mich vorher gerade draufgehoben auf das, was ich sagen wollte. Wir haben vorher so Folien gesehen, Powerpoint, die offenbar vom Gemeinderat oder der Verwaltung an alle Einwohnerräte via Fraktionen verteilt worden ist. Nur mich haben sie ausgelassen. Das finde ich an sich nicht korrekt. Ich habe das Anrecht darauf, sämtliche Unterlagen, die an den Einwohnerrat gehen, ebenfalls zu erhalten. Ich verzichte natürlich jetzt auf die Beschwerde, möchte aber zwei Sachen sagen. Ich habe die Folien gesehen und ich habe die Quellenangaben darauf gesehen. Da müssen wir wahnsinnig aufpassen, was uns da serviert wird. Die eine Quelle, ETH Zürich, Verdichtung am Bahnhof gleich Aufwertung: diese Studie bezieht sich auf den Kanton Zürich, insbesondere auf die beiden Ufer des Zürichsees. Dort ist die Verdichtung zu beleuchten, wenn an guten Standorten, meist an Bahnhöfen, bestehende und ältere Wohnhäuser durch Neubauten ersetzt werden. Das steht in dieser Studie. Auch zeigt die Studie auf, dass dann die Wohnkosten steigen werden und dass viele Haushalte sich keine vergleichbaren Wohnungen mehr leisten können in der gleichen Lokalität, der gleichen Gemeinde. Bredella ist ganz anders. Hier geht es um die Transformation, nicht von alten Bausubstanzen in neue, sondern von Arbeitszonen, Gewerbebezonen in Wohnzonen. Das ist ein grosser Unterschied. Darum kann man es nicht vertreten, dass diese Studie hier herangezogen wird und ich bitte, da nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen.

Ich komme zur zweiten Quellenangabe: Den Wohnkalkulator habe ich sehr intensiv studiert in der vorhandenen Zeit. Es ist halt so, bei jeder Studie pflückt man das heraus, was einem gerade nützt. Diesen Eindruck, diese Überzeugung habe ich jetzt auch bekommen, als ich gehört habe, was vorher gesagt wurde. Folie 63: Ich erzähle hier einige Passagen, die ihr eben nicht gehört habt von Folie 63. Der gehobene Mittelstand ist der grösste Teil der Steuererträge – aber da müssen wir uns nichts vormachen. Auf Bredella käme höchstens der untere Mittelstand zu wohnen und der ist bekanntlich unter dem durchschnittlichen Steuerertrag. Also gibt es da im Fall kein gutes Geschäft. Pratteln hat in den letzten 15 Jahren den höchsten Anteil an neuen Wohneinheiten realisiert. Aber weitergebracht hat uns das nicht. Pratteln braucht nämlich verstärkte Erneuerungsprozesse im Liegenschaftsbestand. Das steht in dieser Studie und das sollte man auch entsprechend zitieren.

Urs Schneider: Paul, wir sind an der zweiten Lesung beim §5. Falls du noch einmal eine Grundsatzdiskussion haben wolltest, sind wir leider zu spät, da die Direktberatung vorbei ist. Du kannst dich zu den einzelnen Paragraphen äussern oder am Schluss der Beschlussfassung noch einmal, falls du das willst.

Paul Dalcher: Ich füge mich da gerne, melde mich aber nochmals vor der Abstimmung.

Fortsetzung der Lesung

C) Gestaltungsanforderungen und Qualitätssicherung

§6 Gestaltungsanforderungen und Qualitätssicherung

D) Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten

§7 Baubereich, Gebäudehöhen und Dachgestaltung

E) Bauweise

§8 Besondere Bauweise Baubereiche A

§9 Besondere Bauweise Baubereiche B1

§10 Besondere Bauweise Baubereiche C1

§11 Energiestandard, Wärme und Energieerzeugung

F) Freiraum

§12 Freiraumkonzept und Nachweis Umgebungsgestaltung

§13 Grundsätze *keine Wortmeldungen*

§14 Freiraumtypologien

Kurt Lanz: Wie ich vorher schon gesagt habe, ginge es jetzt darum, im §14 noch den Absatz 12 einzufügen, der heissen würde: «*Die verschiedenen Freiflächen sind mit ausreichend Sitzgelegenheiten auszustatten.*» Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung

://: Der Antrag der BPK, zu § 14, Einfügen des Abs. 12, Ausstattung mit Sitzgelegenheiten wird mit grossem Mehr beschlossen.

Fortsetzung der Lesung

G) Verkehr

§15 Erschliessung *keine Wortmeldungen*

§16 Ausmass der Parkierung

GR Philipp Schoch: Es ist wesentlich, dass man bei der Berechnung der Parkplätze auch Planungssicherheit hat und nicht einfach das Feld komplett aufmacht und alles zulässt, was möglich ist. Es geht nicht nur darum, Parkplätze zu reduzieren, sondern auch das übergeordnete Netz vor Überlastung zu schützen. Das ist die Aufgabe, die wir haben, wenn wir so grosse Entwicklungsgebiete machen. Deshalb ist es wesentlich, dass wir bei der maximalen Anzahl der Parkplätze bleiben und die 700 so festlegen können. Wir stellen jetzt aber trotzdem einen Antrag, damit wir ein bisschen Flexibilität reinbringen in die ganze Geschichte. Beim §16 unter 6.: Die Anzahl Autoabstellplätze für die Nutzung innerhalb des Quartierplanperimeters beträgt insgesamt zwischen 675 und 700. Durch das Festlegen dieser relativ hohen Untergrenze stellen wir sicher, dass im ganzen Gebiet die Parkplätze so realisiert können werden, dass es eben auch am Schluss für alles passt, einerseits für das Quartier, aber andererseits auch für das übergeordnete Netz.

Dieter Stohler: Eigentlich habe ich mich gemeldet, um jetzt weitere Anträge zu stellen zu den Parkplätzen. Wenn jetzt das Wort nur zu diesem Antrag ist, muss ich noch einmal zurückfragen, welchen Absatz du genau willst. Ist das jetzt §16 Absatz 9? Okay. Es geht um §16. In der Aufzählung steht unter Autoabstellplätze «Maximalwert». Wenn ich richtig aufmerksam gehört habe, dann steht heute die Zahl maximal insgesamt 700. Neu sollten es 675 bis 700 sein. Also ist das eine Verschlechterung der maximalen Anzahl. Ich bin klar gegen diesen Antrag und stelle nachher meine Anträge. Ebenfalls zu §16, aber weiter vorne, zu den Absätzen drei, wenn ich dann aufgerufen werde dazu. Um noch einmal zu wiederholen, ich weiss nicht, was das für ein Kompromiss oder eine Lösung soll sein. Das ist ja eine Verschlechterung der bisherigen Situation, also für uns klar nicht tragbar.

Didier Pfrter: Ich möchte einfach darauf aufmerksam machen: 45% der Wohnungen sollen Eigentumswohnungen werden. Das wurde schon bei der letzten Lesung gesagt. Man muss davon ausgehen, dass, wer eine Eigentumswohnung kauft, mindestens einen Parkplatz, vielleicht sogar deren zwei will, auch wenn sie oder er momentan kein Auto hat. Wer eine Eigentumswohnung kauft, plant und denkt langfristig, vielleicht hat sie oder er später einmal ein Auto. Und selbst wenn nicht: Wenn man einmal die Wohnung verkaufen will, hat sie erheblich weniger Wert, wenn kein Parkplatz dabei ist. Wenn man diesen 45% Eigentumswohnungen also 450 Parkplätze reserviert, dann bleiben gerade noch 225 bis 300 für die 550 Mietwohnungen. Das ist nicht einmal mehr ein Parkplatz pro zwei Mietwohnungen. Das ist einfach ungenügend.

Emil Job: Ich verstehe jetzt den Sinn dieser Änderung nicht ganz, denn ob es ein Maximum ist von 700 oder ein Maximum zwischen 675 und 700, endet nämlich genau auf dasselbe. Darum bitte ich, mir noch genauer zu erläutern, was da der Sinn dahinter ist.

Bernhard Zwahlen: Ich verstehe den Antrag auch nicht, aber mir ist etwas Interessantes aufgefallen. Es steht nämlich «innerhalb des Quartierplanperimeters», und in irgendeinem Absatz weiter unten steht, dass man auch ausserhalb des Quartierplanperimeters Bredella – ich denke, damit ist Ost gemeint – weitere Parkplätze machen kann. Also ich glaube, die 700 maximal beziehen sich auf innerhalb Bredella West. Den Rest soll man oder darf man im alten Teil machen, also dort, wo noch nicht umgebaut wird, wenn ich das richtig interpretiere.

GR Philipp Schoch: Entschuldigen Sie bitte, wenn ich vorher unpräzise gewesen bin. Die grosse Angst der FDP ist ja, dass es zu wenig Parkplätze hat, und mit diesem Anheben geben wir ein bisschen mehr Spielraum. Das wäre die Idee gewesen. Ausserdem müssen wir präzise bleiben bei den Angaben, die wir hier drin machen. Geplant sind Stand heute 30% Wohneigentum und nicht 45%.

Petra Ramseier: Ich glaube, es gibt wirklich ein Verständnisproblem. Du sagst, du hebst die Parkplatzzahl an, aber du sagst gleichzeitig, statt 700 machst du zwischen 675 bis 700. Ich glaube, alle hier drin sehen einfach nicht, wo es mehr hat. Das musst du irgendwie anders erklären.

Dieter Stohler: Nachdem nun hier ein Antrag vorliegt zu §16 Absatz 9, muss ich, damit ich nicht zu spät bin, jetzt einen von meinen vorbereiteten Anträgen bringen zum Absatz 9. Dieser heisst «Antrag streichen von Absatz 9». Ich glaube, die Diskussion gibt mir sogar recht, dass man den streichen müsste. Dann ist die Konfusion definitiv beendet. Ich weise aber darauf hin, dass ich noch mit anderen Anträgen komme und die sind von den Absätzen vorher. Der Herr Präsident hat es im Griff, wie wir das behandeln wollen. Das ist jetzt mein kurzes Statement zu Absatz 9.

GR Philipp Schoch: Also, es geht um den Berechnungsfaktor der Parkplätze. Wir befinden uns in einem Range von 0,5 bis 0,7 Parkplätzen pro Wohneinheit. Wir haben ein Maximum festgelegt, so wie es jetzt im Text steht. Wir würden «Maximum» streichen und würden eigentlich den Range unten schützen, dass man also mindestens die 0,7 und nicht nur 0,7 macht. Das ist die Idee dieser Geschichte, dass wir mehr ans Maximum gehen und eben nicht das Minimum machen von diesen 0,5. Wir brauchen die Flexibilität. Wir können es jetzt nicht besser festlegen als 0,5 bis 0,7, weil man noch gar noch nicht weiss, was überhaupt schlussendlich realisiert wird. Darum braucht es dort einen Range, und damit der Range abgesichert ist, kommen jetzt die 675 bis 700 ins Spiel. In diesem Sinn möchte man der FDP entgegenkommen, dass man gegen unten absichert und nicht zu wenig Parkplätze baut. Das ist die Idee dieser Geschichte. Ich hoffe, es ist so jetzt verständlicher.

Bernhard Zwahlen: Ich habe irgendwie das Gefühl, dann müsste es heissen, mindestens 675 bis maximal 700. Ich glaube, das «mindestens» ist nicht im Antrag. Also, ich verstehe es immer noch nicht ganz, aber im Endeffekt, Dieter, würde ich mich sehr freuen, wenn alle Anträge von dir auf dem Tisch liegen würden. Offen kommuniziert, damit ich nachher weiss, wozu ich allenfalls ja oder nein sagen würde. Trudeln die Anträge einzeln herein, sagt man möglicherweise zu einem Punkt nein und denkt im Nachhinein anders. Ich würde mich freuen, wenn die alle aufs Mal präsentiert werden könnten.

Urs Schneider: Ich habe fünf Anträge der FDP vor mir zu §16. Dieter, du kannst sie begründen.

Dieter Stohler: Bernhard Zwahlen, mit deinem letzten Votum bin ich sehr einverstanden, darum stehe ich jetzt auch hier und wir können alle Anträge bringen. Das vorletzte Votum muss ich in aller Form zurückweisen, das hat mich nur genervt. Die FDP hat sich eingebracht im Rahmen der Mitwirkung. Zweitens will ich sagen, die Mitwirkung ist in erster Linie für die Bevölkerung und es ist keineswegs verboten, vor den Einwohnerrat als letzte Instanz Sachen zu bringen, die man eingebracht oder auch nicht eingebracht hat. Sonst erkläre ich dir gerne einmal die Funktion des Einwohnerrats. Es ist eine Anmassung zu sagen, man könne jetzt nicht mehr kommen. Dazu kommt, dass Mitwirkungen – ich denke jetzt an meine Eingabe – offenbar nicht mit Namen erfolgten. Darum kann man das nicht rekonstruieren. Das möchte ich einfach noch gesagt haben zu deinem Votum, das ich in aller Form zurückweisen möchte.

Jetzt zu den Anträgen der Fraktion FDP-Die Mitte. Hier geht es zuerst um §16 Absatz 3. Es sind übrigens alles Anträge, die wir letztes Mal gestellt haben. Sie sind aber für uns matchentscheidend. Mehrere Fraktionsmitglieder haben signalisiert, dass, wenn wir damit nicht durchkommen, das dann zu einer Ablehnung des Gesamtprojekts führen dürfte. Ich hoffe aber, dass wir durchkommen mit diesen Anträgen. Antrag 1 §16 Absatz 3: Es geht um das Minimum der Parkplätze. Vorgeschlagen ist ein oberer Wert von 0,7 und ein unterer Wert von 0,5. Wir möchten ganz einfach den oberen Wert bei 1,0, was eigentlich immer noch der kantonale Standard ist, und den unteren Wert von 0,7. Mit dem Anheben auf 0,7, Gemeinderat Schoch, wenn man dann bei 0,7 ist, dann einigen wir uns dort, aber jetzt einfach nur 0,7 hineinzuschreiben – wichtig ist der untere Wert von 0,7. Der untere Wert darf nicht 0,5 sein. Das ist unser Antrag und ich möchte das noch einmal kurz begründen. Ich will mich nicht wiederholen, alles, was ich gesagt habe in der letzten Sitzung, was ich im Leserbrief geschrieben habe und was auch Didier Pfirter letztes Mal ausführlich vorgebracht hat. Aber wenn es jetzt um die Wurst geht und alle anwesend sind, will ich einfach sagen, die Zufahrten in einem so dichtbesiedelten Quartier wie Bredella sind einfach sehr wichtig. Nicht nur für die Feuerwehr und Krankenwagen, was wie ich hoffe gewährleistet sein dürfte, sondern auch für Handwerker, Restaurantbesucher, Gewerbekunden, chemische Reinigung etc. Ich möchte mit dem Korb, den ich mit 2 Kilo Kleidern, vielleicht mit 10 Kilo Kleidern in die chemische Reinigung bringe, nicht 500 Meter zu Fuss gehen müssen. Sonst macht die chemische Reinigung wahrscheinlich bald zu. Wenn eine gehbehinderte Person vom oberen Dorfteil mit dem Auto zum Coiffeur fahren will, der sich in Bredella befindet, oder sich dorthin chauffieren lässt, muss es Platz haben, das Auto abzustellen. Wenn Sie jetzt sagen würden, er sollte halt dann im oberen Dorfteil zum Coiffeur gehen, es habe ja dort auch Coiffeure, dann machen Sie damit eigentlich das Bredella-Areal zu einem geschlossenen, dicht bevölkerten Quartier oder sogar zu einem Ghetto, und das möchten wir nicht. Wir brauchen eine natürliche Durchlässigkeit von Bredella und dem Rest von Pratteln. Es muss zusammenpassen, ohne Grenzen und ohne faktische Hürden, die da entstehen. Danke für die Zustimmung zum ersten Antrag. Soll ich jetzt den zweiten auch gleich bringen? Inhaltlich ist er völlig verknüpft. Ich glaube, ich bringe Absatz 4. Da steht die Verwendung des Oberwertes und das muss natürlich übereinstimmen. Wenn wir im Absatz 3 beim Oberwert auf 1,0 gehen, muss es im Absatz 4 auch 1,0 sein, das ist logisch. Und wenn wir im unteren Wert auf 0,7 gehen, muss es im Absatz 5 0,7 heissen und im Absatz 6 «im jeweiligen Baubewilligungsverfahren kann der Berechnungswert von 0,7 bis 1 Stammparkplätze pro Wohnung». Das sind dann nur die Folgen. Der Hauptantrag ist, glaube ich, beim Absatz 3. Wenn wir dem zustimmen können, denke ich, müssen wir automatisch die anderen Anträge anpassen, sonst widerspricht sich der Quartierplan, das Reglement in sich selber.

GR Philipp Schoch: Danke schön vielmals. Nochmals ganz kurz, Dieter Stohler, du hast den kantonalen Standard erwähnt. Der kantonale Standard ist in Lupsingen sicher richtig: Einfamilienhäuser, schlecht erschlossen, kein Autobahnanschluss, kein Viertelstundentakt, kein Zehnminutentakt auf der S-Bahn, keine Tram, vielleicht ein paar Busse pro Tag derzeit. Dort kann man den kantonalen Standard anwenden. An der allerbesten Lage in unserem Kanton kann man eben Parkplätze reduzieren. Wir haben alle eine Verantwortung, das übergeordnete Netz zu schützen. Darum müssen wir die Parkplätze reduzieren, dort wo es gut erschlossen ist. Dort macht das Sinn und darum, lehnen Sie den Antrag bitte ab. Bleiben Sie bei diesen 0,5 bis 0,7.

Simon Käch: Wir haben letztes Mal schon einmal davon gesprochen. Die FDP versucht offensichtlich, den Verkehrskollaps richtig herbeizuführen hier in Pratteln. Das einzige, was du damit erreichst, ist nämlich, dass das Verkehrssystem überlastet wird und das ist ja genau das, was wir eigentlich nicht wollen. Wir verdichten an diesem Ort. Es werden zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner dort hinkommen, dort wohnen und es werden relativ viele sein. Sie alle haben Nachfrage nach Mobilität und Mobilitätsbedürfnisse. Dem Mobilitätsbedürfnis muss man entgegenkommen und es abdecken können. Wenn alle mit dem eigenen Auto auf das Strassennetz gehen, haben wir zu wenig Kapazitäten auf dem Strassennetz. Wenn Sie das Verkehrsgutachten gelesen haben, wenn Sie das Mobilitätsgutachten gelesen haben, dann würden Sie sehen, dass das, was jetzt hier vorgeschlagen wird, das Maximum ist, was das Netz noch erträgt. Setzt man jetzt alles nur auf MIV, so wie ihr das jetzt da machen wollt, so haben wir den Kollaps. Dann kommt man abends um 18 Uhr nicht mehr aus dem Dorf raus. Alle, auch die Handwerker, und auch derjenige, der zum Coiffeur will, kommt nicht mehr zum Coiffeur, weil er dann zu spät ist. Ich merke, ihr macht ein Misch-Masch. Was ihr da beantragt, ist eine Erhöhung der Parkplätze für die Wohnnutzungen. Das hat nichts mit dem Coiffeur zu tun, denn der Coiffeur ist eine Geschäftsnutzung. Da hat es andere Faktoren im Reglement drin, die das dann regeln. Also das hat nichts mit Parkplätzen für den Coiffeur oder für sonstige Dienstleistungen zu tun. Darum bitte ich euch, stimmt diesen Anträgen nicht zu. In einem kann ich dir Recht geben, Dieter, das ist tatsächlich eine matchentscheidende Frage. Stimmen Sie diesen Anträgen zu, werden wir uns gezwungenermassen halt auch auf die Seite von Paul Dalcher stellen und die Quartierplanung ablehnen.

Petra Ramseier: Liebe FDP, ich bin ehrlich gesagt ein bisschen sprachlos. Für mich ist das eine sehr naive und vor allem auch eine sehr altmodische Herangehensweise. Verkehrsbelastung in unserem Dorf und gerade auf den Durchgangsstrassen ist doch eines der grössten Probleme der Prattler Bevölkerung. Alle wünschen sich, dass der Verkehr zurückgeht, dass er uns weniger daran hindert, wegzugehen, uns weniger daran hindert, wieder heim ins Dorf zu kommen und auch dem Gewerbe freie Fahrt lässt, ihrem Geschäft nachzugehen. Was ihr da vorschlagt mit dem Faktor, was, wie GR Philipp Schoch gesagt hat, für eine Gemeinde, die nicht mit dem ÖV erschlossen ist, Sinn macht, ist hier bei uns in Pratteln wirklich nicht durchdacht, also wie ihr darauf kommt, das zuzulassen. Wie Simon Käch vorher gesagt hat, es führt zu viel Verkehr auf unserem Netz. Dann ist ein Kollaps wirklich vorprogrammiert. Das geht einfach nicht. Es sind Anwohnerparkplätze, die jetzt angesprochen wurden. Ihr argumentiert aber gleichzeitig damit, dass die Handwerker und diejenigen, die zum Coiffeur wollen und Kunden hinkommen müssen. Aber diese Parkplätze haben wir letztes Mal besprochen. Darüber haben wir abgestimmt. Die Bau- und Planungskommission hat dort bereits Eingeständnisse gemacht. Hier geht es jetzt um die Anwohnerparkplätze und wenn ihr das macht, bricht einfach das ganze Konzept zusammen. Und dieser Druck: Wir lehnen Bredella ab, wenn wir nicht die paar Parkplätze mehr bekommen. Bredella bricht sowieso zusammen, wenn sie diese Parkplätze erhalten. Dann funktioniert es nämlich nicht mehr. Ich bitte euch wirklich, noch einmal zu überlegen, ob ihr diesen Schritt machen wollt und die Bredella so zu gefährden.

Séline Gutknecht: Die Diskussion geht mir wirklich auf den Geist. Es geht immer nur von einer Seite zur anderen. Habt ihr denn schon einmal überlegt, dass man nicht jeden Tag mit dem Auto wegfahren muss, sondern vielfach auch zum Einkaufen, für grössere Sachen oder um in die Ferien zu fahren? Ich glaube nicht, dass ihr alle mit dem Zug in die Ferien fahrt. Ich glaube, man braucht das Auto, um wegzufahren.

Dieter Stohler: Also erstens, meine Beispiele betreffen schon Besucherparkplätze, das ist richtig. Aber es ist nicht richtig, dass wir über die Menge der Besucherparkplätze abgestimmt haben, denn die Menge der Besucherparkplätze orientiert sich an der Menge der Stammparkplätzen. So hat man mich orientiert in meiner persönlichen Mitwirkung, die ich gemacht habe. Das heisst, weil man nicht bereit ist, von Seiten des Gemeinderats separat über die Anzahl der Besucherparkplätze abzustimmen oder sie in die Vorlage hineinzunehmen, muss ich einen solchen Antrag bringen. Im Antrag der BPK ist es bekanntlich ja nur darum gegangen, wie die Besucherparkplätze verteilt sind auf die verschiedenen Parkhäuser. Das ist also bitte etwas Anderes. Jetzt aber inhaltlich am entscheidenden Punkt; wir sind an der entscheidenden Frage: Wann kommt der Kollaps? Jetzt ist einfach die Frage an GR Philipp Schoch: Du hast erwähnt, diese 0,7 seien nahe dran. Gleichzeitig wird bei 0,7 gesagt, da gäbe es einen Kollaps. Was ist jetzt die Wahrheit? Wann

tritt der Kollaps ein? Wenn er bei 0,7 eintritt, dann ist es halt einfach so, dass das Projekt so eng getaktet und so knapp budgetiert ist, dass ich dann wirklich meine Zweifel habe, ob das verkehrstechnisch überhaupt erfolgreich sein kann.

GR Philipp Schoch: Danke, Dieter, für diese wichtige Frage. Ich glaube, man kann sie heute nicht wirklich beantworten, aber man kann die Richtung beeinflussen, beziehungsweise man kann es gut machen oder eben nicht gut machen. Ihr fordert 1,0, also 0,3 Parkplätze mehr als im Maximum jetzt festgelegt wären. Das ist wahnsinnig viel, wenn man das hochrechnet auf so viele Parkplätze. Und ihr wisst, wir haben auf der anderen Seite der Bahn viele Parkhäuser, wo es noch eine Menge Platz hat. Sie wissen auch, wir würden mit Bredella gute Verbindungen schaffen unter der Bahn durch. Also man könnte auch schnell dort noch ausweichen. Den Plan B hätten wir, falls die 700 nicht ausreichen würden. Das Projekt selber bricht nicht zusammen, wenn wir 1,0 reinschreiben oder 0,9 oder was auch immer die FDP gerne hätte. Dem Projekt macht das nichts aus. Klar sind es Investitionen, die es nicht braucht, aber ja gut. Ich habe eigentlich immer gemeint, dass die FDP auch die Investoren vertritt, aber das ist anscheinend in Pratteln ein bisschen anders. Wieso muss man etwas bauen, das es gar nicht braucht? Wir sind dort so perfekt erschlossen. Es geht nicht um das Projekt selber, die haben genug Platz für eine Menge Parkhäuser, unterirdisch, oberirdisch, was man will. Man kann Autolofts dort bauen, dort hat es Platz. Es hat auch Platz für Autos. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, wie kommt man zu Bredella hin und wie kommt man wieder weg. Was hat das für einen Einfluss auf uns alle, die schon hier wohnen? Petra Ramseier hat das gut erklärt. Das ist der Punkt und darum muss man so ein Projekt gut austarieren. Wir sind überzeugt, dass an dieser Erschliessungslage – und das sage nicht nur ich oder der Gemeinderat oder die Investoren, das sagt auch der Kanton, das sagen unsere Verkehrsplaner; es gibt Verkehrsgutachten die dem zugrunde liegen und alles belegen, was drinsteht, 0,5 bis 0,7 ist gut. Sind es mehr, hat das eine riesige Auswirkung auf das Strassennetz in und um Pratteln. Das ist das Problem, denn mehr Parkplätze bedeuten mehr Autos, bedeuten Mehrverkehr. Darum geht es, nicht um den Parkplatz, sondern um das Auto, das sich um den Parkplatz herum bewegt. Das ist das Problem.

Bernhard Zwahlen: Mir geht die Parkplatzdiskussion auch auf die Nerven, es ist nicht so, dass sie mir Spass macht. Aber ich finde, man hat dort die Möglichkeit, viele Leute wohnen zu lassen. Hätte es keinen Autoparkplatz mehr, nimmt man dort keine Wohnung. Ich glaube aber nicht, dass es daran scheitert, denn schlussendlich gibt es auch die Bahn und noch mehr Parkplätze auf der anderen Seite. Was für mich eigentlich am meisten Fragen aufwirft: Die FDP kommt mit der Frage, was kostet die Verkehrsinfrastruktur? Dann kommt der Gemeinderat und sagt, es kostet so und so viel, und so viele Einnahmen haben wir, wir müssen etwas ändern an der Verkehrsinfrastruktur. Jetzt setzen wir die Parkplatzzahl hinauf. Also müssen wir die Verkehrsinfrastruktur wiederum verbessern. Das heisst, wenn wir jetzt mehr Parkplätze machen, wenn wir wirklich noch ein bisschen mehr an unseren Strassen herumbauen, steigen diese Infrastrukturkosten ziemlich sicher, da bin ich überzeugt. Was eigentlich das grösste Thema ist: Wenn ich euch jetzt sagen könnte, ja, ich stimme zu, wenn wir dafür beim HIAG-Areal sagen, man macht dort gar keine Parkplätze, weil ja alle Autos fast nicht auf das HIAG-Areal kommen. Das kann ich nicht, weil der Kanton eben eine Mindestgrenze vorschreibt. Deswegen kann ich euch dort nicht recht geben. Könnten wir jetzt hier drin vereinbaren, Bredella baut Parkplätze für das HIAG-Areal, dann wäre ich voll bei euch. Aber weil durch die Salinenstrasse in ein paar Jahren noch mehr Autos rollen werden, müssen wir doch jetzt aufpassen, dass wir an dieser perfekten Lage am Ende nicht zu viel bauen. Genau darum geht es dort. Oder wollen wir wirklich den Verkehrskollaps, beziehungsweise die Kosten für mehr breitere Strassen, dann können wir sagen, wir müssen die Salinenstrasse breiter bauen, grösser bauen und dann würde es gehen. Bitte überlegt euch diese Strasse. Das ist eine Katastrophe für das Dorf und das weiss jede Person hier drin.

Josef Bachmann: Wenn ich die Diskussion hier drin höre, fahren die 700 Fahrzeuge alle miteinander auf die Strasse - Zack, sind alle draussen. Das ist das erste, und zweitens haben wir ja daneben nochmals eine Baustelle. Was machen wir dann dort, wenn wir jetzt schon zu knausern beginnen mit dem Verkehr? Denkt daran, die Autos werden besser. Wir reden von Elektroautos und Einstellhallen, wo Strom installiert sein muss. Aber dass man die Autos alle miteinander auf die Strasse lässt, das glaubt ihr doch selber nicht. Wenn ich um fünf nach sieben arbeiten gehe, fahren alle 700 Autos raus. Das glaube ich nicht. Ich habe geschlossen.

Patrick Weisskopf: Keiner von uns hat eine Kristallkugel und weiss, wie der Verkehr ist. Auf der einen Seite stelle ich fest, dass, wenn man halt sagt, die, welche jetzt dort wohnen, dürfen keine Autos mehr haben, ihnen eigentlich das Recht auf Mobilität abspricht. Ich kann mir gut vorstellen, dass man das Auto hat und es bei Gelegenheiten auch braucht und die Mobilität, die wird auch weiterhin gegeben sein. Ich war letztes Wochenende in Burghausen. Das ist ein Städtchen mit etwa 20'000 Einwohnern. Die haben es also wirklich geschafft, den ruhenden Verkehr unter den Boden zu bringen. Die haben die Hauptstrasse einfach aufgegraben, eine riesige Garage gebaut, und überall kannst du raus kommen in die Läden. Das ist so etwas Wohlwollendes; die Autos sind von den Strassen weg. Das sage ich eigentlich die ganze Zeit: Schauen, dass die ruhenden Autos nicht auf den Strassen stehen, dann haben wir wieder mehr Platz für Fussgänger. Wir haben mehr Platz für Bäume, auch mehr Platz für Fahrradwege. Das Schlimmste ist doch der Suchverkehr, wenn die Leute ins Quartier hineinfahren und suchen. Ja, wir haben viel zu viel Laternen-Parking. Das nächste ist unsere Verkehrsinfrastruktur, unsere Grundzüge, welche auf den Vierziger-, Fünfzigerjahren basieren. Wenn man noch weiter zurückgeht, da hatten viel weniger Leute Autos und es gab auch viel weniger Leute in Pratteln. Also der Kollaps wird kommen, das kann ich sagen. Wenn wir eine Chance haben, uns noch anzubinden, um den Kollaps im Dorf drin oder südlich der Bahn zu verhindern, dann braucht es das Konzept, das dort ein Silo hat, wo man parkieren und auch etwas dazu mieten kann, falls nicht alle gebraucht werden. Die einzige Stelle, die wir wirklich noch ausbauen können für die Salinenstrasse, wäre der Chuenimatt-Kreisel. Dort könnte man vielleicht noch etwas machen, um direkt untendurch ins Dorf fahren zu können und dann die Unterführung bei der Salinenstrasse ein bisschen anders gestalten. Das gäbe dann eben auch die Möglichkeit, vom ehemaligen Rohner-Areal her zu erschliessen, dass man gar nicht nach vorn zum Bahnhofplatz fahren müsste. Das sind die Konzepte, die wir andenken müssen. Aus meiner Sicht braucht es einfach Reserve-Kapazitäten, damit man die Autos unter die Erde kriegt, also nicht begraben meine ich, sondern parkieren. Wenn die Leute den Verkehrskollaps auf der Strasse haben und den ÖV nutzen wollen – auch der ÖV ist heute voll. Wir haben Stosszeiten, wir werden viele wohlhabende akademische Leute haben, die pendeln wollen. Wir werden auch Handwerker haben oder Industriearbeiter, die dann halt von Pratteln irgendwie zum Sisslerfeld kommen müssen, weil nämlich die produzierende Wirtschaft bei uns nichts mehr findet, denn wir haben ja nur noch Gewerbe. Auch das müssen wir uns überlegen: Wieviel wohnen und arbeiten passt zusammen? Wir sind einfach in einer Zeit, in der sich die lineare Sache des Jahres 2000 ändert. Wir hatten 2004 eine Finanzkrise. Damals hat man noch von Goldgräberstimmung gesprochen bei diesen Arealen. Wir haben jetzt eine Situation, wo sich die Welt verändert, wieder bipolar wird, wo Wertschöpfungsketten zusammenbrechen. Das alles wird kommen und darauf müssen wir gerüstet sein. Ich bin überzeugt, vieles wird nicht so eintreffen, wie wir es angedacht haben. Möglicherweise liegen wir sogar ganz falsch, dass wir unsere Industrieareale an bester Lage immer zurückbauen für 20, 25 Jahre. Ich habe zwar 2000 gesagt, aber seit 25 Jahren ist das Areal blockiert. Also einer, der richtig hätte investieren wollen, hätte das gar nicht gekonnt, gar nicht gewollt. Nur auf der Ostseite hat es Gewerbe, das haben wir auch gesehen bei den Steuereinnahmen. Ich würde dort nicht investieren, wenn ich weiss, nach 10 oder 15 Jahren ist Sense. Ich benötige raumplanerisch eine grössere Möglichkeit. Gerade die Quartierpläne, die Quartierplanpflicht macht uns genau solche Sachen wiederum kaputt. Also raumplanerisch muss man ganz klarsehen, was man will, muss dann die Strukturen bauen und sich dann daranhalten. Es ist halt eine Entscheidung, und die Welt ändert sich. Ich hätte es auch nicht gedacht, aber wir werden noch viele, viele Veränderungen sehen, und vielleicht ist jeder Entscheid, den wir heute treffen, in Zukunft falsch. Aber einen Entscheid müssen wir treffen.

Rahel Graf: Ich möchte einfach darauf hinweisen, was für eine Art von Quartier da geplant ist. Es ist ein städtisches Quartier geplant. Wenn Sie schauen, was beispielsweise in der Stadt Basel für Leute wohnen, wie viele Leute dort ein Auto haben und das mit einer Landgemeinde vergleichen, wo man auf das Auto angewiesen ist, dann möchte ich Ihnen einfach noch einmal in Erinnerung rufen, dass es ein Stadtquartier ist. Es wird sehr viele Leute anziehen, die gar kein Auto haben wollen und gar keinen Parkplatz brauchen. Wenn ich dorthin zum Wohnen komme, weiss ich genau, wie viele Parkplätze es hat. Wenn ich drei Autos habe, dann nehme ich vielleicht eine andere Wohnung oder ein anderes Haus und suche mir nicht gerade dieses aus. Ich denke mir, das Angebot steuert auch ein bisschen die Nachfrage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung über die Anträge

Gegenüberstellung der Anträge FDP und Vorlage Quartierplan-Reglement §16 Abs. 3/4/5/6:

Antrag der FDP-Fraktion	Antrag Vorlage
://: Entsprechend ist ein Oberwert von 1.0 und ein Unterwert von 0,70 der Stamm-Parkplätze pro Wohnung zu definieren	://: Der Oberwert der Stamm-Parkplätze liegt bei 0,70 und der Unterwert bei 0,50 pro Wohnung.
16 Ja	19 Ja

Der Antrag der Vorlage wird mit einem Mehr angenommen.

Gegenüberstellung der Anträge GR und Vorlage Quartierplan-Reglement §16 Abs. 9:

Antrag des Gemeinderates	Antrag der Vorlage
://: Die Anzahl Auto-Abstellplätze für die Nutzung innerhalb des Quartierplanperimeters beträgt insgesamt zwischen 675 und 700.	://: Die maximale Anzahl Auto-Abstellplätze für die Nutzung innerhalb des Quartierplanperimeters beträgt insgesamt 700.
16 Ja	20 Ja

Der Antrag der Vorlage wird mit einem Mehr angenommen.

://: Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, zur Streichung des Abs. 9 im § 16 wird mit einem Mehr abgelehnt.

Silvia Lerch: Wenn ich das jetzt noch darf, würde ich gerne einen Antrag stellen, dass man alle unteren Werte so lässt, wie sie sind, und die Oberwerte von 0,7 auf 0,9 setzt, damit der Investor, respektive die Zuständigen, die das ganze Quartiere planen und umsetzen wollen, selber entscheiden können, in welchem Spielraum sie die Parkplätze planen und bauen. Sie sind ja schlussendlich diejenigen, welche Wohnungen verkaufen wollen, und es wäre ja eigentlich nicht recht, wenn man das so einschränken würde.

Bernhard Zwahlen: Diesen Vorstoss finde ich gut. Mir war vor allem der untere Wert wirklich wichtig. Ich glaube, damit finden wir vielleicht einen Kompromiss, dass wir nicht nachher noch über den ganzen Quartierplan abstimmen oder ihn über den Haufen werfen müssen. Ich glaube, so kann man entscheiden, wie viel Geld man in die Parkplätze investieren will. Hat man Angst, sie zu vermieten oder eben nicht zu vermieten? Ich glaube, da wird dann das Bredella-Management eine Entscheidung treffen, welche für sie passt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung

://: Der Antrag von Silvia Lerch, FDP, im § 16 Abs. 3/4/6 alle Werte von 0,7 Stamm PP durch 0,9 zu ersetzen wird, mit 24 Ja- zu 13 Nein-Stimmen beschlossen.

Fortsetzung der Lesung

§17 Lage der Parkierung

H) Umwelt

§18 Lärmschutz

§19 Störfall

§20 Auflagen, Umweltverträglichkeitsbericht

§21 Ver- und Entsorgung

§22 Vogelschutz

I) Realisierung, Ausnahmen

§23 Realisierung

§24 Quartierplanvertrag

§25 Ausnahmen

J) Schlussbestimmungen

§25 Schlussbestimmungen

Plan *keine Wortmeldungen*

Urs Schneider: Ich habe noch einen Rückkommensantrag bekommen von Olivier Bally bezüglich §11 Absatz 3. Über das Rückkommen zum §11 muss abgestimmt werden. Olivier, du kannst es kurz begründen.

Olivier Bally: Ich bin dafür, dass man eigentlich die fossilen Energien möglichst heute ersetzt, aber ich habe ein bisschen recherchiert. Ich habe das Bundesamt für Statistik angeschaut. Wir werden in Zukunft immer noch fossile Energie brauchen. Jetzt wäre mein Antrag, dass man das so stehen lässt, aber vielleicht einen Zusatz macht, dass man vorübergehend, vielleicht auf eine gewisse Zeit, fossile Brennstoffe zulässt, und zwar aus folgenden Gründen: Wir werden vorwiegend elektrische Energie brauchen mit Wärmepumpen und weiss der Kuckuck was allem, aber wir haben im Winter und im Sommer für eine sehr kurze Zeit grosse Spitzen. Dort wäre es sinnvoll, dass man das z. B. mit fossiler Energie decken würde, bis wir sichere elektrische Netze haben. Wenn wir jetzt alles auf elektrisch stellen würden, braucht das wahnsinnig grosse Zuleitungen, und das kostet eben auch Geld. Darum wäre ich hier für einen Zusatz – es ist vielleicht jetzt unformuliert - dass man da vorübergehend die fossilen Energien zulässt, bis man effektiv ein Netz hat, das taugt. Ich darf daran erinnern, dass wir in Bern einen Ausfall hatten und letztthin im Aargauischen. Vermutlich werden wir da und dort Ausfälle haben, weil das Netz ziemlich an der Grenze läuft. Man darf nicht vergessen, dass jetzt mit Bredella und anderen Überbauungen die Energie in Pratteln um 30% steigen wird. Das darf man einfach nicht ausser Acht lassen. Wie können wir das überhaupt mit dem Pariser Abkommen vereinbaren? Wie gesagt, meiner Meinung nach sollte man für den Zusatz stimmen, dass man für eine gewisse Zeit die fossilen Brennstoffe doch zulassen würde.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung

://: Der Rückkommensantrag von Olivier Bally, FDP, auf §11 Abs. 3 wird mit einem Mehr gutgeheissen.

Bernhard Zwahlen: Ich habe gedacht, wir hätten es geschafft und jetzt kommt so ein Vorstoss. Ich glaube, ich spinne, also wirklich. Heutzutage noch einmal eine neue fossile Heizung einbauen zu wollen, in der jetzigen Zeit. Ich erinnere daran, die Zentrale nebenan baut ein riesiges Heizsystem, komplett erneuerbar, für genau gleich viele Wohnungen. Es ist möglich mit sehr wenig Strom und es geht dir ja scheinbar um das Heizen. Dafür gibt es sehr moderne Techniken, denn den Strom produziert man ja nur ganz gering auf dem Gelände. Dafür sind sehr viele Solaranlagen vorgesehen, wenn man den Quartierplan liest. Ich glaube, es ist wirklich nur eine Heizfrage und für Heizfragen haben wir eine Fernwärme in Pratteln. Das Heizen dort drin braucht schlussendlich relativ wenig Strom. Wir müssen sicher nicht jetzt irgendwie ein Kraftwerk dort hinein bauen, das dann Pratteln noch irgendwie Energie gibt, das die 30% Erhöhung raufsetzt. Also heutzutage - und ich meine, das sieht sogar die Schweiz so. Wir hatten gerade eine Abstimmung, das CO₂-Gesetz und so – also heutzutage sieht man, das braucht es nicht. Das jetzt an einem nigel-nagel-neuen Projekt – also wenn das reinkommt, dann gehe ich wirklich Unterschriften sammeln, aber richtig und werde dort auch viel Geld dagegen investieren. Das geht wirklich nicht, sorry.

Olivier Bally: Bernhard Zwahlen hat wahrscheinlich nicht zugehört. Ich will da nur die Spitze abdecken für eine gewisse Zeit, denn wir werden in Zukunft Probleme haben mit der Energie. Ich will nicht ein Kraftwerk bauen mit fossilen Brennstoffen, das ist ganz klar. Aber dass man zumindest Notstrom betreiben kann, im tiefsten Winter und im Sommer gewisse Spitzen abdecken kann, damit wir nicht riesige Zuleitungen von Strom haben. Es geht nur darum, nicht um ein Kraftwerk. Wenn wir Fernwärme haben, was wir jetzt haben in Pratteln - aber wir haben noch zu wenig – darf man nicht vergessen, das wird mit Holz geheizt. Aber das Holz, welches in Pratteln nachwächst, reicht nie, um unsere Energie zu decken. Also ich kann vielleicht, wenn ihr wollt, euch irgendwann einmal über die Energie der Schweiz erzählen. Wie gesagt, ich bin beim Bundesamt für Konjunkturfragen die Statistiken anschauen gegangen. Das kommt nicht von ungefähr, was ich da erzähle.

Petra Ramseier: Also nach meiner Erfahrung gibt es dieses Problem eher bei bestehenden Quartieren, die man umnutzt. Aber wenn man jetzt die Gelegenheit hat, die Infrastruktur neu zu erstellen, kann man sie ja darauf ausrichten, dass das dann eben funktioniert. Wenn jetzt so etwas reinkommen sollte, müsste ich die Formulierung sehen, dass man sagt, in den Anfängen oder den ersten zehn Jahre oder so etwas. Lässt man das aber permanent drin, ist das nicht nur eine Spitze oder am Anfang oder bis es läuft, sondern dann ist es drin. Da möchte ich eigentlich, wenn schon, gerne die exakte Formulierung im Reglement sehen, wie das aufgenommen werden soll.

Stephan Burgunder: Machen Sie es doch bitte nicht noch länger und komplizierter heute Abend. Wir haben ein Energiegesetz angenommen. Das Dekret wird per 1. Oktober in Kraft treten, und wenn man das liest, steht eindeutig, bei Neubauten oder auch beim Kesselerersatz eines Heizwärmeerzeugers in bestehenden Bauten etc. sind in Zukunft nur noch erneuerbare Energien zulässig – Punkt. Dann ist aufgezählt im Dekret, was das ist: Umweltwärme, Anschluss an Fern- und Wärmenetze, Abwärme aus Industrie, erneuerbare flüssige gasförmige Energien – Punkt. Alles andere kann man gar nicht mehr machen. Wir können das zwar hier reinschreiben, wenn Sie das wollen, aber es bringt einfach nichts.

Urs Schneider: Olivier, ziehst du den Antrag zurück? (Nein) Der Antrag, so wie ich ihn verstanden habe, lautet: *«Die Verwendung von fossilen Energieträgern zur Energiegewinnung ist vorübergehend zulässig.»* Das ist korrekt? Geschätzter Einwohnerrat Olivier Bally, es ist nicht Aufgabe des Einwohnerratsbüros, Anträge zu formulieren. Bitte künftig die Anträge formuliert bringen, so dass man sie verwenden kann. Ich stelle fest, es liegt kein Antrag vor.

Paul Dalcher: Mir wurde gesagt, dass ich noch einmal etwas sagen darf, und zwar folgendes: Auf dieser Folie, die hier gezeigt wurde und die ich nicht erhalten habe, stand, Einsparung durch Etappieren. Wie stellt sich der Gemeinderat das vor? GR Philipp Schoch, du kaufst ein Velo, du zahlst es heute zur Hälfte und nächstes Jahr die andere Hälfte. Das ist etappiert, aber wo ist da gespart? Oder du kaufst ein Velo, aber nur das Hinterrad, und nächstes Jahr das Vorderrad - wo ist da der Spareffekt?

Dann würde ich noch gerne etwas zum Plan sagen. Ich habe den Plan des Innenhofs in der Zentrale angeschaut. Ich habe ausgerechnet, dass der Innenhof eine Fläche von rund 6'500 m² hat. Das ist etwa gleichviel wie ein Fussballfeld, das wissen sicher die meisten seit gestern Abend. Dann habe ich geschaut, bei Bredella sind die zwei Grünflächen in diesen kleinen Wohnsilos nur 1'400 m². Und das soll attraktiv sein? Das ist ein ganz kleines Gärtchen. Du siehst also demjenigen vis-à-vis schon in den Teller hinein und kennst das dortige Menu. Ich komme jetzt zum Schluss. Auf dieser zweiten Folie, zu Bredella Ost bei diesen Ertragsseiten, signalisiert doch der Gemeinderat eindeutig, dass im Jahr X - und das X geht wahrscheinlich nicht so lange - alle jetzigen Unternehmen durch Umbauten ersetzt, respektive verdrängt werden. Adieu Ringele, auf Wiedersehen Lerch Holzbau, auf Wiedersehen andere KMU. Wenn es «tabula rasa» gibt, und diese Pläne haben wir, denke ich, gilt dasselbe wie ich jetzt gesagt habe bei Bredella West; wir müssen das ablehnen. Was würde denn passieren am Tag X, wenn Bredella Ost noch vor das Volk kommen müsste und das Volk müsste oder könnte doch nein sagen - was passiert dann? Grundsätzlich ist einfach das Rechenmodell des Gemeinderats, auch das Vorgehen nicht richtig. Ich finde es nach wie vor nicht gut und die beiden Folien, die heute so ein bisschen «Bubentrickli-mässig» präsentiert wurden, sind eher einlullend. Ich empfehle nach wie vor, lehnen Sie den Quartierplan ab, stimmen Sie nein.

Emil Job: Ich möchte nur noch kurz etwas festhalten, und zwar ist vorher der Eindruck entstanden, dass sämtliche Fraktionen über die Folien informiert worden seien. Ich möchte hier festhalten, dass die Unabhängigen und Grünen nichts davon gewusst haben.

GR Philipp Schoch: Emil, wir waren, glaube ich, an derselben Sitzung. Ich habe die Folien zwar nicht gezeigt, aber ich habe sie erläutert. Ihr habt vom Business Case gewusst. Aber das ist jetzt ein Detail. Zur Volksabstimmung: Es braucht sowieso eine Volksabstimmung für die Infrastruktur, denn der Einwohnerrat kann nicht über die CHF 40 Millionen befinden. Dort müssen wir das Volk befragen. Es gibt so oder so eine Volksabstimmung. Man muss sich jetzt nicht bemühen, um irgendwelche Möglichkeiten von Referenden. Das Volk darf sowieso darüber abstimmen, ob es das will oder nicht.

Dann zu dieser Frage, wieso es dort Einsparungen gibt, wieso man das dort auf dieser Folie gezeigt hat. Es geht darum, dass das halt eine relativ lange Realisierungsgeschichte ist von diesem Projekt. Es gehen nicht am Tag X dort alle am selben Tag zur Schule. Also müssen wir nicht 200 Plätze am Tag X bereitstellen, sondern das ist eine langsame Entwicklung, und wir werden die Kindergärten zumieten. Also den Raum, den wir für die Kindergärten benötigen, den bauen wir nicht selber. Das mieten wir zu, weil wir davon ausgehen, dass wir das nicht langfristig brauchen, sondern wir versuchen dort die Spitze zu brechen. Das ist gemeint mit diesen Einsparungen.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 31 Ja- zu 6 Nein-Stimmen:

://: Der Quartierplanung Bredella-Areal West wird mit den beschlossenen Änderungen zugestimmt und der Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG beauftragt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juli 2024

Didier Pfirter: Die Schweiz ist stolz auf ihre direkte Demokratie. Baselland hält die direkte Demokratie besonders hoch. Alle neuen Gesetze unterstehen ja grundsätzlich dem obligatorischen Referendum, mit der kleinen Ausnahme seit Kurzem, wenn es glaube ich eine Vierfünftelmehrheit gibt im Landrat, dann nicht. Bredella verändert unsere Gemeinde grundlegend. Das haben auch die Befürworter am Anfang dieser ganzen Debatte letztes Mal betont.

Das Fazit: Es gibt kaum einen wichtigeren Entscheid für Pratteln als Bredella, zumindest seit wir die drei Hochhäuser und das Vierfeld vor über zehn Jahren beschlossen haben. Pratteln wird eine andere Gemeinde sein, wenn Bredella realisiert wird. Ob man für oder gegen Bredella ist; es ist meines Erachtens eine Frage der demokratischen Gesinnung, ob man der Bevölkerung die Möglichkeit zum Abstimmen über die Vorlage gibt, oder ob man diese Möglichkeit vorenthält. Darum möchte ich auch die, welche mit einer grossen Mehrheit dem Projekt zugestimmt haben, einladen, das Behördenreferendum zu unterschreiben. Man kann ja anschliessend in der Abstimmungskampagne dafür einstehen und ich glaube, das ist dann ein Beweis von demokratischer Besinnung.

Mauro Pavan: Wir haben es gehört, es wird sowieso eine Volksabstimmung darüber geben. Da du aber die Vierfünftelmehrheit schon erwähnt, die es seit Kurzem gibt: Es haben 31 von 37 zugestimmt, das sind 0,83 oder 83%. Das sind mehr als vier Fünftel.

Gründung Zivilschutzorganisation RHEIN, 2. Beratung, Fragen zur Beantwortung

GR Stefan Löw: Wir kommen zur zweiten Lesung der Gründung des Zweckverbands Zivilschutzorganisation Rhein. Hier schaffen wir die Grundlagen, um mit unseren Nachbargemeinden Birsfelden und Muttenz und vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt auch noch mit Augst zusammen einen Zweckverband gründen zu können. Dazu müssen wir die Statuten haben, die nachher der Exekutive auch die Möglichkeit geben, den Zweckverband zu organisieren. Im Vorfeld wurde da schon sehr viel erarbeitet. Es wurde bereits eine schriftliche Vereinbarung ausgearbeitet, die die Grundlage bilden soll zu den weiteren Gesprächen. Also da ist einiges schon bereit, so dass man aufeinander zugehen kann und Grundlagen hat. Das war Bestandteil, Grund oder auch die Möglichkeit, dass die Statuten verfasst wurden. Gegenüber der ersten Lesung haben wir verschiedene Änderungen machen können. Wir sprechen jetzt nicht mehr von der Sicherheitskommission; neu ist es die Delegiertenversammlung. Die Begriffe haben eine Änderung erhalten, und dementsprechend hat es in den Statuten ein paar Anpassungen gegeben. Diese Anpassungen sind vollzogen worden auf die Anregungen hin, die wir eingebracht haben. Durch Ihre Rückweisung wurde das auch noch einmal rechtlich überprüft. Die Statuten sind am 13. Juni an der Gemeindeversammlung in Muttenz aufgelegt und dort mit einer Gegenstimme angenommen worden. Heute liegen sie ebenfalls an der Gemeindeversammlung in Birsfelden auf zur Diskussion und wir gehen davon aus, dass sie auch dort Zustimmung erhalten. Ich bin fast sicher, dass die Zustimmung auch bei uns erfolgen wird, so dass man eigentlich die Organisation des Zivilschutzes danach in die Wege leiten kann. Ich denke, damit könnten wir in die Lesung gehen.

Fabian Mendelin: Wir bei der SVP Pratteln haben das in der Fraktion nochmals intensiv diskutiert und ich möchte gerne ein paar Fragen stellen. Bezüglich den Fahrzeugen des Zivilschutzes Pratteln, wo die dann stationiert sind. Darf man beim Material davon ausgehen, dass das dann hauptsächlich in Muttenz sein wird? Wenn man da noch konkreter werden könnte.

Wie schon letztes Mal, noch etwas zu den Statuten. Das ergibt sich halt so, dass die Verordnungen dazu noch fehlen, wie aber auch die weiteren Verträge. Was uns ausserdem noch wundern würde, sind die Stellenprozente des technischen Mitarbeiters. Wie werden die neu aufgeschlüsselt, wenn das zustande kommt? Wurden die Statuten auch schon vorgängig mit der Sicherheitskommission besprochen? Was sich die Gemeinde schon auch bewusst sein muss ist, dass bei einer möglichen Auflösung - das steht so geschrieben - die eingebrachten Vermögenswerte im Eigentum des Zweckverbands verbleiben. Man wird zwar dafür Geld bekommen, aber das wissen wir aktuell noch nicht, weil wir die Verträge nicht haben, welche da noch nachträglich erstellt werden.

GR Stefan Löw: Ich versuche das zu erklären. Einerseits muss man natürlich sehen, das Ganze ist nachher eine eigene Gesellschaft, die dann gewisse Dinge auch selbständig regelt. Bei den Fahrzeugen hat man das im Vorfeld bereits angeschaut und miteinander vereinbart, welche Fahrzeuge in den Zweckverband hineingehen. Pratteln überführt ein Fahrzeug in den Zivilschutz und dieses wurde bewertet mit der Anschaffung und mit einem Abschreiber von je 10% pro Jahr. Das gibt dann noch einen Restbetrag. Das System der Abschreibungen hat man eigentlich überall gleich berechnet. Waren die Geräte über zehn Jahre alt, so waren sie halt auch abgeschrieben und das war auch soweit okay. Man hat untereinander - ich kann jetzt nicht sagen, nur harmlos, aber man hat es wirklich sachlich genau geprüft und bewertet und geschaut, wie die Restwerte sind. Das hat man beim Material ähnlich gemacht, wobei ich schon sagen muss, man hat ganz bescheidenes Material. Es ist Gebrauchs-Material, Schaufeln und ganz kleine Sachen. Diese hat man bei der Bewertung ausgelassen, weil sie nicht relevant sind. Das wäre am Schluss ein sehr geringer Betrag gewesen, der daraus resultiert hätte.

Verträge und das alles werden jetzt im Anschluss selbstverständlich noch erstellt. Das ist eine bereits angedachte Exekutivaufgabe. Es wird eine Nutzungsvereinbarung geben über die Fahrzeuge, über die Dinge, die man einbringt. Wenn man sie noch privat nutzt, was auch der Sinn ist, dann bleiben die einzelnen Fahrzeuge dort stationiert, wo sie jetzt sind, in den entsprechenden Gemeinden. Von diesen werden sie auch eingesetzt, wenn sie nicht für den Zivilschutz gebraucht werden. Dementsprechend schaut man dann, wie man das macht mit dem Unterhalt und den Kosten, die noch anfallen. Mit den Stellenprozente ist es dasselbe. Der Zweckverband wird eine Ausschreibung machen. Er organisiert sich also in diesem Sinne neu. Niemand, der jetzt eine Stelle innehat, hat sie automatisch auch in Zukunft. Die Stelle wird ausgeschrieben, Sie können sich bewerben. Bei dieser Ausschreibung steht genau drin, was das Anforderungsprofil beinhaltet

und wieviel die Stellenprozente betragen. Es gibt keine Überschneidungen mehr. Diese Stellen sind dann nur für den Zivilschutz und werden dort abgerechnet.

Die Auflösung ist so registriert, dass die Werte, welche zu diesem Zeitpunkt dort drin sind, auch im Zweckverband bleiben würden. Vielleicht kann ich ergänzend noch sagen, wie das Vorgehen ist. Die Kompanie wird neu organisiert. Dann wird festgelegt und die Kompanie sagt, was für Material sie braucht für die einzelnen Gruppen. Das wird dann aufgenommen, protokolliert und genau erfasst. Dann klärt man aus dem Verbund heraus, wo man das Material hernimmt und wie man es zusammenführen kann. Ein Teil wird übrigbleiben, denn wir haben zu viel Material im Verbund. Dieses Material bleibt einfach bei den einzelnen Gemeinden, die dann selber darüber verfügen können. Sie können es verkaufen. Sie können auch mit einer finanziell schwächeren Gemeinde oder einem Zivilschutz, der das dringend benötigen würde, sicher in Absprache eine Lösung finden. Schlussendlich geht es ja darum, dass wir uns helfen können in einem Fall, wenn es einmal wirklich schwierig wird. Das ist die Hauptaufgabe, das sind die Hauptziele, die man erreichen will. Deshalb macht man diesen Zusammenschluss, damit man nachher Kompaniestärken hat, die auch wirklich etwas bewirken können. Ist man nur ganz klein und verstreut, erzielt es einfach überhaupt keine Wirkung mehr. Das ist ein sehr wichtiger Weg und wir freuen uns darauf, die Arbeit so machen zu können. Das Einvernehmen mit den anderen Gemeinden ist ausserordentlich gut, die Zusammenarbeit und das Gespräch sind wirklich hervorragend. Hier möchte ich auch all denen ganz herzlich danken, die mitgearbeitet haben an diesem Produkt, das wir jetzt hier haben.

Sebastian Enders: Wir haben im Grundsatz kein Problem mit dem Zweckverband. Vorher hat man sich auch schon helfen können. Zur Not wurde halt die Kompanie aus dem Nachbardorf noch aufgeboden, wenn es mal ganz extrem geworden wäre. Was wir eigentlich viel interessanter finden, ist, wie viel hat denn Pratteln im Vergleich zu den anderen Gemeinden in den letzten Jahren investiert in seine Zivilschutzausstattung? Das ist gar nicht so wenig, wenn man mal sieht, was dort alles herumsteht. Wie viel beträgt denn der aktuelle Buchwert noch, und besonders: Wieviel haben denn die anderen Gemeinden in den letzten fünf bis zehn Jahren investiert? Was sind deren aktuelle Werte? Sind wir jetzt eigentlich so was wie Gönner und schiessen einen Haufen ein und die anderen beteiligen sich fast nicht, weil sie in den letzten zehn Jahren auf der Sparschraube gestanden sind? Das ist eigentlich der Punkt, welcher interessant ist an dieser Vorlage.

GR Stefan Löw: Behaften Sie mich nicht auf diese Zahlen. Diese Frage hätte früher gestellt werden müssen, damit ich sie im Detail genau hätte beantworten können. Ganz genau wissen wir es nicht, aber investiert und unterhalten haben eigentlich alle Gemeinden ihr Material sehr gut. Man ist aber nicht kontrollieren gegangen, wer jetzt besseres oder schlechteres Material hat, sondern man geht davon aus, dass, wenn der Zivilschutz arbeitet und seine Aufgabe wahrnimmt in den Gemeinden, die Sachen funktionsfähig sind. Das war die Grundvoraussetzung. Da haben auch alle Gemeinden rechte Investitionen getätigt. Nicht ganz so wie wir, aber wenn es dann nach zehn Jahren abgeschrieben ist, ist es halt auch hinten rausgefallen. Die Differenz: Wir werden etwa CHF 30'000/40'000 vergütet erhalten, was man dann miteinander ausgleicht. Es ist nicht eine Riesensumme und nicht wahnsinnig relevant. Wenn das aber gewünscht ist, wird sich die GPK das noch ganz genau anschauen. Dann können präzisere Zahlen durchaus noch nachgeliefert werden.

Der Rat beschliesst mit einem grossen Mehr:

://: 1. Zivilschutzorganisation RHEIN soll, gestützt auf § 34 Abs. 1 lit. c. des Gemeindegesetzes des Kanton Basel-Landschaft (SGS 180) als Zweckverband gebildet werden.

://: 2. Die Statuten werden genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juli 2024

3. Nr. 3429

Sondervorlage Kredit von CHF 600'000 für die Ersatzbeschaffung Hilfeleistungslöschfahrzeug

GR Stefan Löw: Da geht es um die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs, das halt nach 20 Jahren einfach ans Ende seiner Lebensdauer gekommen ist. Auch hier ist die erste Priorität, dass es einsatzfähig ist, im Sinn, dass wenn man es braucht, es auch wirklich fahrtüchtig ist. Es sind nicht Fahrzeuge mit sehr vielen Kilometern, sondern sie weisen eher eine relativ geringe Kilometerzahl auf. Aber der Service, die Pflege und alles «am Leben» zu erhalten, ist irgendwann fast nicht mehr möglich. Auch die Ersatzteile sind dann nicht mehr erhältlich.

Man hat jetzt geschaut, mit mehreren Gemeinden eine gemeinsame Beschaffung zu machen und nicht eine Einzelbeschaffung. Es sind drei Fahrzeuge, die so miteinander beschafft werden. Man kann Synergien nutzen, dementsprechend auch die Anschaffungskosten reduzieren. Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Reto Ramstein: Wir danken dem Gemeinderat für die Vorlage über die Ersatzbeschaffung des neuen Löschfahrzeugs oder Hilfeschfahrzeugs. Der Vorteil dieser Sammelbeschaffung ist sicher eine gute Sache, wie es GR Stefan Löw schon gesagt hat. Wie er ebenfalls gesagt hat, sind Ersatzteile selten bis gar nicht mehr erhältlich. Das ist eine Sache, die dann einfach immer teurer wird. Auch die Reparaturen werden höher, das heisst, es rentiert am Schluss nicht mehr.

Gut finden wir auch, dass die Möglichkeit eines Elektroantriebs geprüft wurde, auch wenn er anhand gewisser Gegebenheiten nicht möglich ist. Darum stimmt die SVP-Fraktion diesem Geschäft zu.

Der Rat beschliesst mit einem grossen Mehr:

://: Die Ersatzbeschaffung des Hilfeleistungslöschfahrzeug im Gesamtbetrag von CHF 600'000 abzüglich der Subventionen der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juli 2024

4. Nr. 3437

Gestaltungsbaulinie Gemeindebibliothek

GR Philipp Schoch: Sie haben sich sicher gefragt, warum kommt das jetzt erst? Wer hat da was und warum verpasst? Ich kann Ihnen sagen, es war sicher keine böse Absicht. Jedes Projekt entwickelt sich. So ist es auch in diesem Fall. Wir wollen die Gebäude optimal nutzen und es soll ein guter Platz zwischen den Gebäuden werden. Im Wettbewerb vor Jahren hat alles noch ziemlich anders ausgesehen. Wir sind sehr überzeugt vom aktuellen Planungsstand. Wenn wir das neue Gemeindezentrum inklusive Bibliothek so umsetzen wollen, benötigen wir die Gestaltungsbaulinie. In der Zukunft, bei einer nächsten anstehenden Revision, kann man dann die Baulinien definitiv mutieren. Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Unterstützung.

Patrick Weisskopf: Ich war von dem, was ich hier gesehen habe, recht überrascht. Dass eine Verwaltung solche Sachen machen kann, die eigentlich ein Privater nicht machen darf. Ich war sehr enttäuscht, als ich das gesehen habe. Was mich auch erstaunt hat, ist, wie spät man das gemerkt hat. Ich habe sogar das Gefühl, da kann man nicht mehr von gutem Treu und Glauben sprechen. Man hat das von Anfang an gemacht. Ihr seht es auch in der Geschichte drin; es stand von Anfang an so dort drin. Man hätte also genug Zeitvorlauf gehabt, um es richtig zu machen. Ihr habt die Unterlagen vor euch liegen. Ich war auch erstaunt über den Schriftverkehr mit der Stellungnahme von Oliver Stucki vom Kanton, vom BUD. Auch das ist sehr sehr, sehr deutlich. Die Gefahr ist da, dass man Präjudiz schafft. Mein Vertrauen ist da recht stark erschüttert worden, denn ich frage mich, wo man sonst noch solche Ausnahmen macht, wo wir eine Ausnahme von

einer Ausnahme haben. Wir hatten es auch letztes Mal schon bei der Rheinlehne, bei der Verlegung dieser Waldbaulinie. Auch das wieder ein Quartierplan, wo man bereits eine Ausnahme drin hat und so Sachen. Das will und kann ich nicht akzeptieren. Deshalb, obwohl ich ein grosser Fan dieser Bibliothek bin und mich eingesetzt habe, werde ich das ablehnen müssen, weil es mir einfach gegen den Strich geht, dass sich eine Verwaltung nicht an die eigenen Gesetze hält. Ausserdem finde ich das eine ganz gefährliche Entwicklung und das darf einfach nicht mehr passieren. Beim nächsten Mal erwarte ich dort politische Konsequenzen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung

Der Rat beschliesst mit einem grossen Mehr:

://: Der Mutation «Parz. 273» zum Bau- und Strassenlinienplan wird zugestimmt und der Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss S 31 RBG beauftragt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juli 2024

5. Nr. 3435

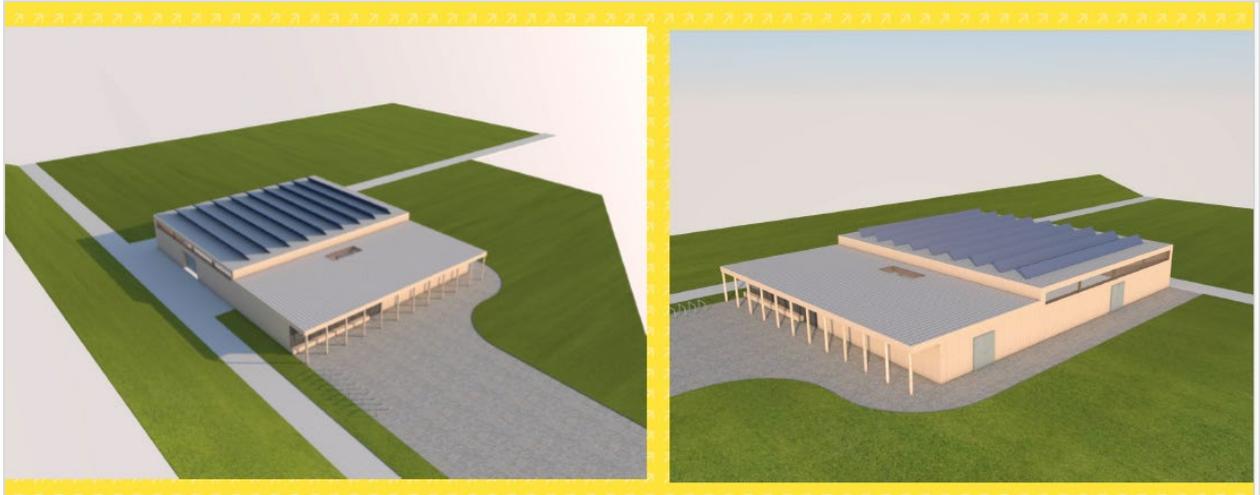
Sondervorlage CHF 2'000'000 für den Neubau Multifunktionshalle / Schwingzentrum Sandgruben

Dieter Stohler: Ich habe noch eine Bemerkung zum vorhergehenden Geschäft. Sie haben zum wiederholten Mal gesehen, die Enthaltungen werden nicht angezeigt. Sie werden auch nicht rapportiert. Also das ist eines Parlaments sehr unwürdig, und wenn jetzt heute, wenn ich das richtig mitbekommen habe, sogar noch der technische Support vor Ort ist, und sogar dann klappt es nicht, bitte ich einfach das Präsidium, welches natürlich wechselt, da wirklich Abhilfe zu schaffen. Das kann kein Dauerzustand sein. Das ist ein kleiner Skandal.

GR Philipp Schoch: Ganz kurz drei Folien zu diesem Projekt: So soll das Ganze aussehen. Sie kennen den Standort. Es ist bereits eine versiegelte Fläche. Wir würden das Gebäude einfach dort auf den Boden stellen.



So sieht es von der Vogelperspektive aus, es wird eine relativ schlanke Geschichte.



Wir haben versucht aufzuzeigen, wie wir die Hallenbelegung machen können. Sie wissen, wir brauchen eigentlich mehr Sporthallen. Während des Umbaus, des Neubaus vom Fröschi werden wir gewisse Zeit auf Hallen verzichten müssen. Wir könnten also zusätzliche Hallen brauchen. Das sehen Sie hier auf dieser Übersicht.

Multisporthalle / Schwingzentrum Sandgruben					
Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Tagesnutzungen: Schulsport evtl. mit Interaktivem Sportangebot / Schiedsrichterleistungskurse Fussballverband Nordwest CH / J+S Kurse (Trainerdiplome) in Zusammenarbeit mit dem Sportamt BL					
Belegungen Sportanlage Sandgruben während ca. xx Wochen pro Jahr					
Schwingclub Pratteln und Kanton 18.00-22.00	Schwingklub Pratteln 18.00 – 22.00	FC Pratteln 17.30 – 19.00	Sherxin Karateschule 16.30 – 20.30 Münch	Schwingclub Circuit 19.00 – 21.30	mögl. Vermietung externe
FCKB 19.30 – 21.00	Sherxin Karateschule 16.30 – 20.30 Münch	FC Pratteln 19.00 – 20.00	FC Pratteln Okt - Apr 18.00 – 20.30		mögl. Vermietung externe
Mobile Jugendarbeit Quartierarbeit Hallenfussball		Gymnastikgruppe ehem. SKTV 20.00 – 21.15 Fröschi A	FCKB Okt - Apr 20.00 – 21.45	Jfb 19.00 – 21.00 ganzjährig Münch	mögl. Vermietung externe

Nutzungen übernommen Fröschi Trakt A für Bauzeiten Neubau Sekundarschule Fröschi / Nutzungsumlagerungen für Sanierung Schulhaus Aegelmatt 2026-2028 / Nutzungsumlagerungen Gymnastikhalle Münchacker

3 Trainingsblöcke -> 17.00 Uhr – 18.30 Uhr / 18.30 Uhr – 20.00 Uhr / 20.00 Uhr – 22.00 Uhr / z.T. Nutzung ganze Halle, z.T. zwei Trainingsblöcke



Hier sehen Sie, wie sich die Kosten zusammensetzen. Einerseits, was wir für Drittmittel erhalten. CHF 400'000 kommen vom Kanton, Sportlotterie; CHF 300'000 aus den Schwingerkreisen. Mit der Bürgergemeinde sind wir in Verhandlungen, da können wir leider noch keine Zahl nennen. Sie sind aber begeistert vom Projekt und wollen uns Unterstützung bieten, indem sie Holz liefern für die Fassade. Auf der gegenüberliegenden Seite sehen Sie, was wir für Kosten aufwenden für den Betrieb. CHF 20'000 für den Unterhalt, CHF 10'000 für Strom und Wasser, und CHF 60'000 Abschreibung pro Jahr. Ich hoffe, Sie unterstützen das tolle Projekt. Wir möchten nächstes Jahr starten.

Beiträge an Kredit / Betriebskosten

Kantonales Sportamt

CHF 400'000

Schwingklub Pratteln / Kant. Schwingerverband, Weitere

CHF 300'000 davon
(CHF ca. 150-180'000 SK Pratteln)
(CHF ca. 100'000 Kant.
Schwingerverband, Schwingerhilfkasse,
Gönner und Freunde)

Bürgergemeinde Pratteln: Zur Verfügungsstellung lokales Holz

Betriebskosten

Unterhalt / Reinigung / Hauswartung

CHF 20'000

Strom, Wasser

CHF 10'000

Abschreibungen

CHF 60'000

Didier Pfrter: Mit dem ESAF haben die Schwinger unserer Gemeinde ein riesiges Geschenk gemacht. Es ist tragisch, dass der Kanton praktisch postwendend den Schwingkeller gekündigt hat. Die FDP-Die Mitte ist für die Unterstützung eines Ersatzlokals.

Trotzdem haben Sie mich mit einer schweren Aufgabe betraut. Ich bin Mitglied des Prattler Schwingclubs, wenn auch nicht aktiv, sondern nur passiv, was hier drin wohl die wenigsten überraschen wird. Aber unseren Gemeindefinanzen geht es miserabel. Vieles, was unter anderen Umständen problemlos möglich wäre, können wir uns in der jetzigen Situation schlicht nicht leisten. Wir möchten darum beantragen, das Geschäft zurückzuweisen an den Gemeinderat mit dem Auftrag, den Beitrag der Gemeinde in etwa zu halbieren, das heisst «grosso modo» CHF 650'000 statt 1,3 Millionen. Es sollte unseres Erachtens Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden geben. Die Anzahl der Schwinger ist nicht so gross, dass sich nicht zwei, drei Gemeinden so einen Keller teilen könnten. Oder Sponsoren: Wenn die Halle ja schon ein kantonales Zentrum werden soll, kann sie unseres Erachtens mehreren Schwingclubs dienen und es ist nicht einzusehen, weshalb die Gemeinde Pratteln zwei Drittel davon zahlen soll, nur weil sie auf unserem Boden zu stehen kommt.

Sebastian Enders: Der Schwingklub Pratteln feiert in diesem Jahr sein 75-jähriges Bestehen und trainiert, wie alle wissen, seit Jahrzehnten im Fröschi, wo auch das jährliche Niklausschwingfest stattfindet. Das Fröschi wird abgerissen, das ist mittlerweile wohl allen klar und der Neubau entsteht dort, wo der Schwingklub bis jetzt seine Trainingsmöglichkeit hatte. Im November 2021 wurde ein Postulat eingereicht wegen den Trainings-Örtlichkeiten, welches dann auch einstimmig durch den Einwohnerrat überwiesen wurde. Im März 2023 wurde dieses Postulat vom Gemeinderat beantwortet und abgeschrieben. Die Beantwortung hat aufgezeigt, dass mit einer Machbarkeitsstudie der Standort in der Sandgrube als gute Möglichkeit betrachtet wird. Aus diesem Grund wurden CHF 1,3 Millionen ins Investitionsprogramm aufgenommen.

Die Schwinger benötigen bis jetzt keine teuren Infrastrukturen wie Tartanbahnen, Sporthallen, Kunstrasenfelder etc. Für den Unterhalt wie auch für einen Ersatz des Sägemehls beispielsweise kommen sie selber auf. Auch um die Anschaffung der Trainingsgeräte kümmern sie sich selber. Der weitere Unterhalt wurde in den letzten Jahren vom Kanton getätigt. Der Schwingclub ist Gott sei Dank im letzten Schritt der Planung einbezogen worden, man konnte im Prinzip die Ansprüche für die Trainings-Anforderungen definieren. Auf Wünschenswertes von Seiten der Schwinger wurde verzichtet und der Nutzen wirklich auf das Minimum reduziert. Von Schwinger Seite her wurde immer signalisiert, dass sich der Schwingklub finanziell beteiligen will und auch muss. Der Schwingclub hat aus eigenen Mitteln und von schwingsportnahen Organisationen rund CHF 250'000 zugesichert. Wie auch in der Vorlage ersichtlich ist, beträgt die Mitfinanzierung von kantonalen Seiten eine Höhe von CHF 450'000, weil es sich beim vorliegenden Projekt eigentlich um eine Variante handelt, die auch regional genutzt werden kann.

Warum soll die Halle auch regional genutzt werden können? Die Schwinger trainieren immer auch mit Schwingern aus anderen Clubs, um sich weiterzubringen und um das Training zu verbessern.

Der Schwingerverband organisiert regelmässig Zusammenzüge, die bis vor einem Jahr in Arlesheim, ebenfalls in einer eingemieteten Halle, stattgefunden haben. Doch diese Halle war nur befristet gemietet und wird jetzt ebenfalls umgenutzt, im Prinzip gleich wie in Pratteln. Darum fanden bis jetzt die kantonalen Zusammenzüge auch in Pratteln statt. Die Grösse des Schwingplatzes ist aber sehr beschränkt und ein optimales Training nur schwer möglich.

In den Ansprüchen des Trainings unterscheidet sich Schwingen logischerweise ganz stark von anderen Sportvereinen. Man braucht nun halt einfach mal das Sägemehl und das ist mit anderen Sportarten schwer vereinbar. Die geplante Gymnastikhalle in der Vorlage macht eine Doppelnutzung aber möglich, sei es für ein Altersturnen, ein Mutter-Kind-Turnen, Tischtennis oder Karate oder noch andere Möglichkeiten, je nachdem. Natürlich ist sie für den Schulsport ihrer Grösse wegen nicht optimal nutzbar, ist aber vielleicht doch auch eine Ausweichmöglichkeit. Es gibt ja immer wieder die Situation, dass die Hallen überbelegt sind. Falls die Multifunktionshalle nicht realisiert werden kann, haben wir für den Schwingclub in Pratteln und natürlich auch kantonal ein riesiges Problem, und das wäre schade für das ganze Gemeinde- und Vereinsleben. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Schwingsport und auch der Schwingclub der Gemeinde mit der Durchführung des ESAF eine tolle und positive Auftrittsmöglichkeit gegeben haben. Aus diesem Grund bitte ich euch, dem Geschäft so zuzustimmen und komme jetzt eigentlich zum Votum der FDP. Wir sind ganz klar gegen eine Rückweisung an den Gemeinderat, weil es eigentlich nichts bringt. Klar, man hat das Problem mit der Finanzierung, aber das Problem ist in dem Sinn nicht gelöst und verzögert das Projekt nur unnötig. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, dass man das Projekt an die Bau- und Planungskommission überweist und dort der Finanzierung tiefer auf den Zahn fühlen kann.

Hasan Kanber: Meine Vorredner haben ein bisschen vorgespurt. Ich möchte eigentlich nicht inhaltlich darauf eingehen. Es wurde schon viel darüber gesagt. Wir von der SP-Fraktion haben uns in der Fraktionssitzung zuerst für eine Rückweisung ausgesprochen. Bilateral haben wir dann aber auch abgesprochen, dass wir uns – gerade weil der Zeitplan relativ eng ist – auch vorstellen und uns damit anfreunden könnten, ans BPK zu überweisen. Ich glaube, letzteres ist der sinnvolle Weg. Uns ist die Wichtigkeit der Schwingerinnen und Schwinger selbstverständlich auch bewusst. Daher würden wir uns dem Antrag anschliessen, an die BPK zu überweisen.

Bernhard Zwahlen: Zuerst einmal Entschuldigung für meinen Ausraster vorhin. Ich bin gerade ziemlich wütend geworden, das haben Sie glaube ich gemerkt, das tut mir leid. Wir als Unabhängige haben lange darüber diskutiert, CHF 2 Millionen sind viel. Gleichzeitig finden wir es aber auch wichtig, dass die Anlage kommt. Wir schlagen vor, ein Kostendach aufzusetzen von CHF 2,2 Millionen. Das wären plus 10%. Eigentlich steht in der Vorlage, dass es 20% wären. Wir streichen das ein bisschen zusammen. Ich hoffe, dass das damit vielleicht wirklich auch zustande kommt, und dass es eben nicht Mehrkosten gibt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgen die Abstimmungen

Antrag auf Rückweisung von Didier Pfirter, FDP:

://: Der Antrag wird mit einem grossen Mehr abgelehnt.

Antrag zur Überweisung an die BPK von Sebastian Enders, SVP:

://: Der Antrag wird mit einem grossen Mehr an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Über den Antrag zum Kostendach von CHF 2.2 Mio. von Bernhard Zwahlen, UP, wurde nicht abgestimmt, weil die Sondervorlage an die BPK überwiesen wurde. Das Kostendach soll aber von der BPK berücksichtigt werden.

Frage 1

Fahrten zum Friedhof Blözen

(Patrick Weisskopf, U/G)

GR Urs Hess: *Frage 1: Hat die Verwaltung an der Fahrplananhörung 2025 mitgemacht? Selbstverständlich, der Gemeinderat hat die Anhörung auch verabschiedet. Der Gemeinderat hat sogar mitgemacht an dieser Fahrplananhörung, die wie jedes Jahr im Mai oder Juni stattfindet.*

Frage 2: Was unternimmt der Gemeinderat, damit der Friedhof wieder an den öffentlichen Verkehr angebunden wird? Wenn man sieht, wie die Belegung von diesem Bus ist, dass knapp eine Person pro Fahrt dabei ist, so ist das ein ökologischer und ein ökonomischer Blödsinn. Deshalb haben wir eigentlich davon Abstand genommen, weil das Kosten-Nutzen-Verhältnis hinten und vorne nicht stimmt.

Frage 3: Plant oder unterstützt der Gemeinderat eine Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Unternehmen / Organisationen, damit regelmässige oder auch Auf-Abruf-Fahrten zum Friedhof Blözen wieder möglich werden? Bis jetzt haben wir keine konkrete Unterstützung vorgesehen. Es gibt aber eigentlich eine sehr gute Lösung: Senioren für Senioren Pratteln-Augst bietet bis Ende 2024 einen Fahrdienst an, von dem man problemlos profitieren kann, wenn man Mitglied ist des Vereins Senioren für Senioren. Ich hoffe natürlich, dass dort eine Menge Personen mitmachen, so wie ich auch. Dieser Fahrdienst wird jetzt mal bis Ende 2024 angeboten, und dann sieht man, was für ein Angebot überhaupt benötigt wird. Das kostet jeweils CHF 9.00 pro Fahrt. Dabei ist einmal hinauf und runter plus 40 Minuten warten. Also man kann problemlos dort raufgehen, wenn man in diesem Verein mitmacht. Das ist sicher einmal ein Anfang zum Schauen, was sich ergibt. Ich habe mich aber erkundigt bei Senioren für Senioren. Das Angebot wird sozusagen nicht genutzt, es deckt sich also mit der Frequentierung des Busses von vorher. Dieses Angebot ist jetzt ein Versuch. Man schaut, was rauskommt und kann dann die Situation wieder neu beurteilen.

Die Frage ist beantwortet.

Die Geschäfte Nr. 3436, 3415, 3431, 3432, 3368, 3412, 3406, 3151, 3240, 3310, 3439 und 3438 wurden nicht behandelt.

Verabschiedungen

Urs Schneider: Ich habe eingangs gesagt, dass wir heute noch Verabschiedungen haben werden von Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Sie werden es nicht glauben: Heute verlassen uns 145 Jahre politische Erfahrung aus dem Einwohnerrat und aus dem Gemeinderat. Personen, die im Einwohnerrat, im Gemeinderat oder allenfalls noch im Landrat politisiert und sich aktiv für die Gemeinde eingesetzt haben, sei es eben als Einwohnerrat, in diversen Kommissionsarbeiten, als Einwohnerratspräsident oder eben auch als Gemeinderat. Folgende Einwohnerräte verabschieden wir heute:

Paul Dalcher war die letzten vier Jahre im Einwohnerrat, aber vorgängig schon länger im Parlament, auch als Gemeinderat oder eben auch als Landrat. **Stephan Ebert** war jetzt acht Jahre im Einwohnerrat, ein Jahr davon als Einwohnerratspräsident. **Rahel Graf** war vier Jahre im Einwohnerrat. Sie wäre, glaube ich, auch noch im Einwohnerrat geblieben, wäre sie nicht in den Gemeinderat gewählt worden. Dasselbe gilt auch für **Silvia Lerch**. Auch sie war vier Jahre im Einwohnerrat und begleitet uns die nächsten vier Jahre aus dem Gemeinderat heraus. **Andrea Nägelin** war ebenfalls vier Jahre im Einwohnerrat. **Petra Ramseier** verlässt uns jetzt nach neun Jahren Einwohnerrat, war aber vorher auch schon einmal im Einwohnerrat und wird jetzt neu im Gemeinderat sein. **Christian Schäublin** war sage und schreibe 22 Jahre im Einwohnerrat, davon selbstverständlich auch ein Jahr als Einwohnerratspräsident. **Ulrich Willi** war auch vier Jahre im Einwohnerrat. Das waren die Einwohnerräte. Nun kommen wir zu den Gemeinderäten.

Roger Schneider, 2016 bis 2024 im Gemeinderat, vorher im Einwohnerrat. **Christine Gogel**, ebenfalls acht Jahre im Gemeinderat. Auch sie war vorgängig im Einwohnerrat aktiv. **Urs Hess**

war jetzt acht Jahre Gemeinderat und hat circa weitere 30 Jahre politisiert, sei es als Einwohnerrat oder als Landrat.

Für die geleistete Arbeit, von all jenen, die uns jetzt verlassen, bitte ich Sie recht herzlich zu applaudieren.

Sie erhalten selbstverständlich ein Geschenk von uns und dazu möchte ich kurz etwas sagen. Wir haben in den vergangenen vier Jahren auch eine Motion von mir erfüllt oder sind daran, sie zu erfüllen: Dass man 20% mehr Bäume will in den nächsten zehn Jahren. Das zieht sich jetzt ein bisschen durch. Alle abtretenden Einwohnerräte und Gemeinderäte kriegen von uns ein Zertifikat über einen Baum im Prattler Wald mit den Koordinaten darauf. Man kann also jederzeit nachschauen, wo der Baum steht. Da das Zertifikat allein nicht so wahnsinnig viel hergibt, bekommen Sie selbstverständlich auch noch etwas anderes. Aber auch das ist nachhaltig.

Heute ist nicht nur die letzte Sitzung der laufenden Legislatur, sondern auch die letzte von mir als Einwohnerratspräsident. Für das Vertrauen, das ihr mir im vergangenen Jahr entgegengebracht habt, möchte ich mich noch einmal recht herzlich bedanken. In meiner Amtsantrittsrede habe ich gesagt, dass ich die Sitzungen straff führen und jeweils alle Traktanden abarbeiten will. Ich denke, das Straffen ist mir einigermaßen gelungen. Leider haben wir an dieser wie auch an der letzten Sitzung nicht alle Traktanden bereinigen können. Ich denke aber nicht, dass es mit der Führung zu tun hatte, sondern eher mit der grossen Anzahl an Geschäften, die der Gemeinderat zum Schluss der Legislatur noch an den Einwohnerrat überwiesen hat. Was hat uns im letzten Jahr im Einwohnerrat beschäftigt? Neben diversen Beantwortungen von Interpellationen und Postulaten haben wir in den vergangenen Jahren auch die Zonenpläne Landschaft verabschiedet, Waldbaulinien versetzt, mehrere CHF 100'000 für Sanierungen von Kunstrasen, Schwimmbad, Wasserleitungen und Kuspo gesprochen. Eine Vorlage über einen neuen Kindergarten hatten wir auf dem Tisch, das Reglement angepasst, sei es das VOR oder das FEB oder, wie heute, das Geschäftsreglement des Einwohnerrats. Aber der grösste Brocken in dieser Legislatur oder zumindest in diesem Jahr war sicher der Quartierplan Bredella West. Ich habe das vergangene Jahr sehr genossen, geschätzt und habe mich auch immer wieder sehr stolz gefühlt, dieses Amt ausüben zu dürfen. Die diversen Einladungen haben mir immer sehr viel Freude bereitet, sei es bei der Abholung der Jugendmusik nach dem Jugendmusikfest in St. Gallen, andere, weitere Versammlungen oder Generalversammlungen, Einladungen an diverse Anlässe oder auch die Führung durch den Prattler OL, welcher letzte Woche stattgefunden hat.

Ebenfalls sehr gefreut hat mich natürlich, dass ich als Einwohnerratspräsident am 31. Juli die 1. August-Anrede halten durfte. Und dass ich meinen Kopf auf einem Helgen an der Fasnacht gesehen habe und über mich einen Schnitzelbank anhören durfte, hat mich natürlich auch zum Schmunzeln gebracht. Ich hoffe, dass ich die Prattler Bevölkerung in ihrem Sinn durch dieses Jahr hindurch positiv habe vertreten können. Speziell danke schön sagen will ich meiner Unterstützung, die ich vom Büro habe erfahren dürfen, sei es vom ersten und zweiten Vizepräsidenten, natürlich auch vom Einwohnerratsbüro und vom Sekretariat. Wir hatten eine spezielle Zeit mit den Wechseln im Sekretariat. Trotzdem wurde ich immer tatkräftig unterstützt. Auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung habe ich als sehr konstruktiv empfunden. Es war immer alles sehr zielführend. Zum Schluss wünsche ich dem nächsten Einwohnerratspräsidenten im nächsten Jahr ebenfalls gleich viel Unterstützung und viel Freude im Amt. Danke schön vielmals.

Rebecca Moldovanyi: Ich wurde angefragt, die Laudatio auf Urs zu halten und habe mich gefreut, das machen zu dürfen. Es ist nämlich nicht schwierig, eine wertschätzende Rede über ihn zu halten.

Ja, genau, die beiden Wörter effizient und straff führen sind mir auch sehr geblieben von deiner Rede vor einem Jahr. Und auch wenn jetzt die letzten beiden Sitzungen ein bisschen länger gedauert haben, denke ich, das ist dem Inhalt geschuldet, vielleicht auch den Voten. Man kann sagen, das Ziel ist wirklich erreicht worden. Wir haben heute nicht einmal eine WC-Pause gemacht. Urs hat die Sitzungen jeweils sauber vorbereitet und gut geführt, wobei ihm sicher auch seine 22 Jahre als Einwohnerrat geholfen haben. Auch er ist einer unserer Dienstältesten hier drin. Neben all dem, was er jetzt in diesem Jahr zusätzlich geleistet hat als Präsident, war er auch im Landrat, Familienvater, Landwirt und Unternehmer, und nebenbei noch Präsident der GPK. Natürlich schätzt unsere Seite ganz besonders sein Engagement für die Umwelt und die Natur. Aber auch seine konsensorientierte, faire, offene Art ist zum Tragen gekommen und hat ihm den

Titel gesichert, den er am Anfang wollte, nämlich als unser Kampfrichter hier drin. Jetzt möchte ich es wie Urs halten und effizient durch diese Rede gehen. Ganz herzlichen Dank für deinen Einsatz, Urs, und alles Gute.

Urs Schneider: Bevor ich jetzt das Glöckchen zum letzten Mal läute, möchte ich sagen, dass es jetzt noch einen ganz einfachen, kurzen Apéro geben wird. Wenn wir uns gegenseitig ein bisschen helfen, kann man nachher die Sachen noch aufräumen helfen.

Ich danke auch den Gästen, dass sie so lange ausgeharrt haben heute und entschuldige mich, dass wir keine WC-Pause gemacht haben. Die Sitzung ist geschlossen.

Die Sitzung wird um 22.40 Uhr beendet.

Pratteln, 18. Juli 2024

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Schneider

Evelyne Hefti